

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 7. November 1991 zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention)

A. Zielsetzung

Das am 7. November 1991 in Salzburg von Deutschland, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Österreich, der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft unterzeichnete Übereinkommen zum Schutz der Alpen stellt die Erhaltung und den Schutz der bedrohten alpinen Region auf eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage. Slowenien hat als Gebietsrechtsnachfolger Jugoslawiens für den Alpenraum die Konvention am 29. März 1993 gezeichnet. Die Vertragsparteien verpflichten sich in dieser Rahmenkonvention zu weitreichenden Umweltschutzmaßnahmen und zu einer Verstärkung ihrer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für den Alpenraum. Maßnahmen sind dabei insbesondere auf den Gebieten Bevölkerung und Kultur, Raumplanung, Luftreinhaltung, Bodenschutz, Wasserhaushalt, Naturschutz und Landschaftspflege, Tourismus und Freizeit, Berglandwirtschaft, Bergwald, Energie, Abfallwirtschaft und Verkehr zu ergreifen. Die Rahmenkonvention ist durch Durchführungsprotokolle zu wichtigen Einzelbereichen zu konkretisieren, die derzeit erarbeitet werden. Diese Durchführungsprotokolle müssen als eigenständige, völkerrechtlich verbindliche Zusatzübereinkommen unterzeichnet, ratifiziert und innerstaatlich umgesetzt werden.

B. Lösung

Zustimmung des Deutschen Bundestages gemäß Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes in Form des vorliegenden Bundesgesetzes.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Durch das Übereinkommen zum Schutz der Alpen werden Bund, Länder und Gemeinden nicht mit Kosten belastet; preisliche Auswirkungen sind nicht zu erwarten, da das Übereinkommen — als Rahmenkonvention — nur allgemeine Verpflichtungen der Vertragsparteien beinhaltet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (321) — 235 39 — AL 5/94

Bonn, den 14. April 1994

An die Präsidentin
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 7. November 1991 zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention) mit Begründung (Anlage 1) und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Der Bundesrat hat in seiner 662. Sitzung am 5. November 1993 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf, wie aus Anlage 2 ersichtlich, Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf**Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 7. November 1991
zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention)****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Salzburg am 7. November 1991 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention) in der entsprechend der Niederschrift der Berichtigung des Originals vom 6. April 1993 geänderten Fassung wird zugestimmt. Das Übereinkommen und die Niederschrift werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 12 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Übereinkommen zum Schutz der Alpen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Übereinkommen insbesondere in seinem Artikel 2 Abs. 2 Gegenstände der Landesgesetzgebung berührt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen zum Schutz der Alpen nach seinem Artikel 12 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Übereinkommen zum Schutz der Alpen werden Bund, Länder und Gemeinden nicht mit Kosten belastet; preisliche Auswirkungen sind nicht zu erwarten, da das Übereinkommen – als Rahmenkonvention – nur allgemeine Verpflichtungen der Vertragsparteien beinhaltet.

Übereinkommen zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention)

Convention sur la protection des Alpes (Convention alpine)

Die Bundesrepublik Deutschland,
die Französische Republik,
die Italienische Republik,
die Republik Slowenien,
das Fürstentum Liechtenstein,
die Republik Österreich,
die Schweizerische Eidgenossenschaft
sowie
die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft –

im Bewußtsein, daß die Alpen einer der größten zusammenhängenden Naturräume Europas und ein durch seine spezifische und vielfältige Natur, Kultur und Geschichte ausgezeichneter Lebens-, Wirtschafts-, Kultur- und Erholungsraum im Herzen Europas sind, an dem zahlreiche Völker und Länder teilhaben,

in der Erkenntnis, daß die Alpen Lebens- und Wirtschaftsraum für die einheimische Bevölkerung sind und auch größte Bedeutung für außeralpine Gebiete haben, unter anderem als Träger bedeutender Verkehrswege,

in Anerkennung der Tatsache, daß die Alpen unverzichtbarer Rückzugs- und Lebensraum vieler gefährdeter Pflanzen- und Tierarten sind,

im Bewußtsein der großen Unterschiede in den einzelnen Rechtsordnungen, den naturräumlichen Gegebenheiten, der Besiedlung, der Land- und Forstwirtschaft, dem Stand und der Entwicklung der Wirtschaft, der Verkehrsbelastung sowie der Art und Intensität der touristischen Nutzung,

in Kenntnis der Tatsache, daß die ständig wachsende Beanspruchung durch den Menschen den Alpenraum und seine ökologischen Funktionen in zunehmendem Maße gefährdet und daß Schäden nicht oder nur mit hohem Aufwand, beträchtlichen Kosten und in der Regel nur in großen Zeiträumen behoben werden können,

in der Überzeugung, daß wirtschaftliche Interessen mit den ökologischen Erfordernissen in Einklang gebracht werden müssen –

sind im Gefolge der Ergebnisse der ersten Alpenkonferenz der Umweltminister vom 9. bis 11. Oktober 1989 in Berchtesgaden wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Anwendungsbereich

(1) Gegenstand dieses Übereinkommens ist das Gebiet der Alpen, wie es in der Anlage beschrieben und dargestellt ist.

La République fédérale d'Allemagne,
la République d'Autriche,
la République française,
la République italienne,
la Principauté de Liechtenstein,
la Confédération suisse,
la République de Slovénie,
ainsi que
la Communauté économique européenne,

Conscientes que les Alpes constituent l'un des plus grands espaces naturels d'un seul tenant en Europe et un cadre de vie, un espace économique, culturel et récréatif au cœur de l'Europe, se distinguant par sa nature, sa culture et son histoire spécifiques et variées, auquel participent de nombreux peuples et pays,

Reconnaissant que les Alpes sont un cadre de vie et un espace économique pour la population qui y habite, et qu'elles revêtent également une importance particulière pour les régions extra-alpines, notamment comme support de voies de communication essentielles,

Reconnaissant que les Alpes sont un habitat et un refuge indispensables pour nombre d'espèces animales et végétales menacées,

Conscientes de la grande hétérogénéité des différentes réglementations juridiques, des facteurs naturels, des établissements humains, de l'agriculture et de la sylviculture, de l'état de développement de l'économie, de la densité du trafic ainsi que du type et de l'intensité de l'exploitation touristique,

Considérant que l'espace alpin et ses fonctions écologiques sont de plus en plus menacés par l'exploitation croissante que l'homme en fait et que la réparation des dommages, quand elle est possible, ne peut se faire qu'au prix d'intenses efforts, de coûts élevés, et, en règle générale, sur de longues périodes,

Convaincues qu'il y a lieu d'harmoniser les intérêts économiques et les exigences écologiques,

sont convenues, à la suite des résultats de la première Conférence alpine des Ministres de l'Environnement qui s'est tenue du 9 au 11 octobre 1989 à Berchtesgaden, de ce qui suit:

Article 1

Champ d'application

1. L'objet de la présente Convention est la région des Alpes telle que décrite et représentée en annexe.

(2) Jede Vertragspartei kann bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde oder jederzeit danach durch eine an die Republik Österreich als Verwahrer gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Übereinkommens auf weitere Teile ihres Hoheitsgebiets erstrecken, sofern dies für die Vollziehung der Bestimmungen dieses Übereinkommens als erforderlich angesehen wird.

(3) Jede nach Absatz 2 abgegebene Erklärung kann in bezug auf jedes darin genannte Hoheitsgebiet durch eine an den Verwahrer gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Zurücknahme wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer folgt.

Artikel 2

Allgemeine Verpflichtungen

(1) Die Vertragsparteien stellen unter Beachtung des Vorsorge-, des Verursacher- und des Kooperationsprinzips eine ganzheitliche Politik zur Erhaltung und zum Schutz der Alpen unter ausgewogener Berücksichtigung der Interessen aller Alpenstaaten, ihrer alpinen Regionen sowie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unter umsichtiger und nachhaltiger Nutzung der Ressourcen sicher. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für den Alpenraum wird verstärkt sowie räumlich und fachlich erweitert.

(2) Zur Erreichung des in Absatz 1 genannten Zieles werden die Vertragsparteien geeignete Maßnahmen insbesondere auf folgenden Gebieten ergreifen:

- a) Bevölkerung und Kultur – mit dem Ziel der Achtung, Erhaltung und Förderung der kulturellen und gesellschaftlichen Eigenständigkeit der ansässigen Bevölkerung und der Sicherstellung ihrer Lebensgrundlagen, namentlich der umweltverträglichen Besiedlung und wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Förderung des gegenseitigen Verständnisses und partnerschaftlichen Verhaltens zwischen alpinen und außeralpinen Bevölkerung,
- b) Raumplanung – mit dem Ziel der Sicherung einer sparsamen und rationellen Nutzung und einer gesunden, harmonischen Entwicklung des Gesamttraumes unter besonderer Beachtung der Naturgefahren, der Vermeidung von Über- und Unternutzungen sowie der Erhaltung oder Wiederherstellung von natürlichen Lebensräumen durch umfassende Klärung und Abwägung der Nutzungsansprüche, vorausschauende integrale Planung und Abstimmung der daraus resultierenden Maßnahmen,
- c) Luftreinhaltung – mit dem Ziel der drastischen Verminderung von Schadstoffemissionen und -belastungen im Alpenraum und der Schadstoffverfrachtung von außen auf ein Maß, das für Menschen, Tiere und Pflanzen nicht schädlich ist,
- d) Bodenschutz – mit dem Ziel der Verminderung der quantitativen und qualitativen Bodenbeeinträchtigungen, insbesondere durch Anwendung bodenschonender land- und forstwirtschaftlicher Produktionsverfahren, sparsamen Umgang mit Grund und Boden, Eindämmung von Erosion sowie durch Beschränkung der Versiegelung von Böden,
- e) Wasserhaushalt – mit dem Ziel, gesunde Wassersysteme zu erhalten oder wiederherzustellen, insbesondere durch die Reinhaltung der Gewässer, durch naturnahen Wasserbau und durch eine Nutzung der Wasserkraft, die die Interessen der ansässigen Bevölkerung und das Interesse an der Erhaltung der Umwelt gleichermaßen berücksichtigt,
- f) Naturschutz und Landschaftspflege – mit dem Ziel, Natur und Landschaft so zu schützen, zu pflegen und, soweit erforderlich, wiederherzustellen, daß die Funktionsfähigkeit der Ökosysteme, die Erhaltung der Tier- und Pflanzenwelt einschließ-

2. Toute Partie contractante peut, au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou à tout autre moment par la suite, étendre l'application de la présente Convention à d'autres parties de son territoire par une déclaration adressée à la République d'Autriche comme dépositaire si une telle extension est considérée comme nécessaire à l'exécution des dispositions de la présente Convention.

3. Toute déclaration faite en vertu du paragraphe 2 pourra être retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné par une notification adressée au dépositaire. Le retrait prend effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de six mois après la date de réception de la notification par le dépositaire.

Article 2

Obligations générales

1. Les Parties contractantes, dans le respect des principes de prévention, du pollueur-payeur et de coopération, assurent une politique globale de préservation et de protection des Alpes en prenant en considération de façon équitable les intérêts de tous les Etats alpins, de leurs régions alpines ainsi que de la Communauté économique européenne tout en utilisant avec discernement les ressources et en les exploitant de façon durable. La coopération transfrontalière en faveur de l'espace alpin est intensifiée et élargie sur le plan géographique et thématique.

2. Pour atteindre l'objectif visé au paragraphe 1, les Parties contractantes prennent des mesures appropriées, notamment dans les domaines suivants:

- a) population et culture – en vue d'assurer le respect, le maintien et la promotion de l'identité culturelle et sociale de la population qui y habite, et la garantie de ses ressources fondamentales, notamment de l'habitat et du développement économique respectant l'environnement ainsi que l'encouragement de la compréhension mutuelle et des relations de collaboration entre la population des Alpes et des régions extra-alpines,
- b) aménagement du territoire – en vue d'assurer une utilisation économe et rationnelle des sols et un développement sain et harmonieux du territoire, grâce à une identification complète et une évaluation des besoins d'utilisation de l'espace alpin, une planification prospective et intégrée, une harmonisation des normes qui en découlent, en tenant compte notamment des risques naturels, en prévenant la surconcentration et la sous-densité, en veillant à la préservation et au rétablissement des cadres de vie naturels,
- c) qualité de l'air – en vue d'obtenir une réduction drastique des émissions de polluants et de leurs nuisances dans l'espace alpin ainsi que des apports externes de polluants de manière à parvenir à un taux non nuisible aux hommes, à la faune et à la flore,
- d) protection du sol – en vue de réduire les préjudices quantitatifs et qualitatifs causés au sol, notamment en utilisant des modes de production agricoles et sylvicoles ménageant les sols, en exploitant ceux-ci de façon mesurée, en freinant l'érosion ainsi qu'en limitant l'imperméabilisation des sols,
- e) régime des eaux – en vue de conserver ou de rétablir la qualité naturelle des eaux et des hydrosystèmes, notamment en préservant la qualité des eaux, en veillant à ce que les installations hydrauliques soient construites en respectant la nature, et que l'énergie hydraulique soit exploitée dans un cadre tenant compte aussi bien des intérêts de la population qui y habite que de l'intérêt pour la préservation de l'environnement,
- f) protection de la nature et entretien des paysages – en vue d'assurer la protection, la gestion et, si nécessaire, la restauration de la nature et des paysages de manière à garantir durablement le fonctionnement des écosystèmes, la préserva-

lich ihrer Lebensräume, die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Leistungsfähigkeit der Naturgüter sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Natur und Landschaft in ihrer Gesamtheit dauerhaft gesichert werden,

- g) Berglandwirtschaft – mit dem Ziel, im Interesse der Allgemeinheit die Bewirtschaftung der traditionellen Kulturlandschaften und eine standortgerechte, umweltverträgliche Landwirtschaft zu erhalten und unter Berücksichtigung der erschwerten Wirtschaftsbedingungen zu fördern,
- h) Bergwald – mit dem Ziel der Erhaltung, Stärkung und Wiederherstellung der Waldfunktionen, insbesondere der Schutzfunktion, durch Verbesserung der Widerstandskraft der Waldökosysteme, namentlich mittels einer naturnahen Waldbewirtschaftung und durch die Verhinderung waldschädigender Nutzungen unter Berücksichtigung der erschwerten Wirtschaftsbedingungen im Alpenraum,
- i) Tourismus und Freizeit – mit dem Ziel, unter der Einschränkung umweltschädigender Aktivitäten, die touristischen und Freizeitaktivitäten mit den ökologischen und sozialen Erfordernissen in Einklang zu bringen, insbesondere durch Festlegung von Ruhezeiten,
- j) Verkehr – mit dem Ziel, Belastungen und Risiken im Bereich des inneralpinen und alpenquerenden Verkehrs auf ein Maß zu senken, das für Menschen, Tiere und Pflanzen sowie deren Lebensräume erträglich ist, unter anderem durch eine verstärkte Verlagerung des Verkehrs, insbesondere des Güterverkehrs, auf die Schiene, vor allem durch Schaffung geeigneter Infrastrukturen und marktkonformer Anreize, ohne Diskriminierung aus Gründen der Nationalität,
- k) Energie – mit dem Ziel, eine natur- und landschaftsschonende sowie umweltverträgliche Erzeugung, Verteilung und Nutzung der Energie durchzusetzen und energiesparende Maßnahmen zu fördern,
- l) Abfallwirtschaft – mit dem Ziel, unter besonderer Berücksichtigung der Abfallvermeidung eine den besonderen topographischen, geologischen und klimatischen Bedürfnissen des Alpenraumes angepaßte Abfallerfassung, -verwertung und -entsorgung sicherzustellen.

(3) Die Vertragsparteien vereinbaren Protokolle, in denen Einzelheiten zur Durchführung dieses Übereinkommens festgelegt werden.

Artikel 3

Forschung und systematische Beobachtung

Die Vertragsparteien vereinbaren, auf den in Artikel 2 genannten Gebieten

- a) Forschungsarbeiten und wissenschaftliche Bewertungen durchzuführen und dabei zusammenzuarbeiten,
- b) gemeinsame oder einander ergänzende Programme zur systematischen Beobachtung zu entwickeln,
- c) Forschung und Beobachtung sowie die dazugehörige Datenerfassung zu harmonisieren.

Artikel 4

Zusammenarbeit

im rechtlichen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Bereich

(1) Die Vertragsparteien erleichtern und fördern den Austausch rechtlicher, wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und technischer Informationen, die für dieses Übereinkommen erheblich sind.

(2) Die Vertragsparteien informieren einander zur größtmöglichen Berücksichtigung grenzüberschreitender und regionaler Erfordernisse über geplante juristische oder wirtschaftliche Maßnahmen, von denen besondere Auswirkungen auf den Alpenraum oder Teile desselben zu erwarten sind.

tion de la faune et de la flore ainsi que de leurs habitats, le pouvoir de régénération et de production à long terme du patrimoine naturel ainsi que la diversité, l'originalité et la beauté de la nature et des paysages dans leur ensemble,

- g) agriculture de montagne – en vue d'assurer, dans l'intérêt général, la conservation, la gestion et la promotion des paysages ruraux traditionnels et d'une agriculture adaptée au site et compatible avec l'environnement, tout en prenant en considération les contraintes économiques dans l'espace alpin,
- h) forêts de montagne – en vue d'assurer la préservation, le renforcement et le rétablissement des fonctions forestières, notamment la fonction protectrice, en améliorant la résistance des écosystèmes forestiers en particulier par une gestion respectant la nature, en évitant toute utilisation préjudiciable à la forêt et en tenant compte des contraintes économiques dans l'espace alpin,
- i) tourisme et loisirs – en vue d'assurer l'harmonisation des activités touristiques et de loisir avec les exigences écologiques et sociales, tout en limitant les activités touristiques et de loisir qui sont préjudiciables à l'environnement, notamment par la délimitation de zones déclarées non aménageables,
- j) transports – en vue de réduire les nuisances et les risques dans le secteur du transport interalpin et transalpin, de telle sorte qu'ils soient supportables pour les hommes, la faune et la flore ainsi que pour leur cadre de vie et leurs habitats, notamment par un transfert sur la voie ferrée d'une partie croissante du trafic, en particulier du trafic de marchandises, notamment par la création des infrastructures appropriées et de mesures incitatives conformes au marché, sans discrimination pour des raisons de nationalité,
- k) énergie – en vue d'imposer une production, distribution et utilisation de l'énergie ménageant la nature et le paysage et compatible avec l'environnement, et d'encourager des mesures d'économie d'énergie,
- l) déchets – en vue d'assurer des systèmes de ramassage, de recyclage et de traitement des déchets adaptés aux besoins topographiques, géologiques et climatiques spécifiques de l'espace alpin tout en visant à réduire le volume des déchets produits.

3. Les Parties contractantes conviennent des protocoles fixant les mesures d'application de la présente Convention.

Article 3

Recherche et observations systématiques

Dans les domaines cités à l'article 2, les Parties contractantes conviennent

- a) d'effectuer des travaux de recherche, des évaluations scientifiques et d'y travailler en collaboration,
- b) d'élaborer des programmes communs ou se complétant mutuellement pour une observation systématique,
- c) d'harmoniser les recherches et les observations ainsi que la saisie de données y afférente.

Article 4

Collaboration

dans le domaine juridique, scientifique, économique et technique

1. Les Parties contractantes facilitent et encouragent l'échange d'informations juridiques, scientifiques, économiques et techniques nécessaires à la présente Convention.

2. Les Parties contractantes s'informent mutuellement, afin de tenir compte autant que possible des besoins transfrontaliers et régionaux, de tout projet de mesures juridiques ou économiques pouvant avoir des effets particuliers sur tout ou partie de l'espace alpin.

(3) Die Vertragsparteien arbeiten mit internationalen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen soweit erforderlich zusammen, um das Übereinkommen und die Protokolle, deren Vertragspartei sie sind, wirksam durchzuführen.

(4) Die Vertragsparteien sorgen in geeigneter Weise für eine regelmäßige Information der Öffentlichkeit über die Ergebnisse von Forschungen, Beobachtungen und getroffenen Maßnahmen.

(5) Die Verpflichtungen der Vertragsparteien aus diesem Übereinkommen im Informationsbereich gelten vorbehaltlich der nationalen Gesetze über die Vertraulichkeit. Vertraulich bezeichnete Informationen müssen als solche behandelt werden.

Artikel 5

Konferenz der Vertragsparteien (Alpenkonferenz)

(1) Die gemeinsamen Anliegen der Vertragsparteien und ihre Zusammenarbeit sind Gegenstand regelmäßig stattfindender Tagungen der Konferenz der Vertragsparteien (Alpenkonferenz). Die erste Tagung der Alpenkonferenz wird spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens durch eine einvernehmlich zu bestimmende Vertragspartei einberufen.

(2) Danach finden in der Regel alle zwei Jahre ordentliche Tagungen der Alpenkonferenz bei der Vertragspartei statt, die den Vorsitz führt. Vorsitz und Sitz wechseln nach jeder ordentlichen Tagung der Alpenkonferenz. Beides wird von der Alpenkonferenz festgelegt.

(3) Die vorsitzführende Vertragspartei schlägt jeweils die Tagesordnung für die Tagung der Alpenkonferenz vor. Jede Vertragspartei hat das Recht, weitere Punkte auf die Tagesordnung setzen zu lassen.

(4) Die Vertragsparteien übermitteln der Alpenkonferenz Informationen über die von ihnen zur Durchführung dieses Übereinkommens und der Protokolle, deren Vertragspartei sie sind, getroffenen Maßnahmen, vorbehaltlich der nationalen Gesetze über die Vertraulichkeit.

(5) Die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen, der Europarat sowie jeder europäische Staat können an den Tagungen der Alpenkonferenz als Beobachter teilnehmen. Das gleiche gilt für grenzüberschreitende Zusammenschlüsse alpiner Gebietskörperschaften. Die Alpenkonferenz kann außerdem einschlägig tätige internationale nichtstaatliche Organisationen als Beobachter zulassen.

(6) Eine außerordentliche Tagung der Alpenkonferenz findet statt, wenn sie von ihr beschlossen oder wenn es zwischen zwei Tagungen von einem Drittel der Vertragsparteien bei der vorsitzführenden Vertragspartei schriftlich beantragt wird.

Artikel 6

Aufgaben der Alpenkonferenz

Die Alpenkonferenz prüft auf ihren Tagungen die Durchführung des Übereinkommens sowie der Protokolle samt Anlagen und nimmt auf ihren Tagungen insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- Sie beschließt Änderungen des Übereinkommens im Rahmen des Verfahrens des Artikels 10.
- Sie beschließt Protokolle und deren Anlagen sowie deren Änderungen im Rahmen des Verfahrens des Artikels 11.
- Sie beschließt ihre Geschäftsordnung.
- Sie trifft die notwendigen finanziellen Entscheidungen.

3. Les Parties contractantes collaborent avec des organisations internationales, gouvernementales et non gouvernementales dans la mesure où cela contribue à l'application efficace de la présente Convention et des protocoles dont elles sont Parties contractantes.

4. Les Parties contractantes assurent de façon appropriée une information régulière de la population et du public sur les résultats de recherche et d'observations ainsi que des mesures prises.

5. Les obligations de la présente Convention des Parties contractantes en matière d'information s'appliquent sous réserve du respect des lois nationales relatives à la confidentialité. Des informations désignées comme confidentielles doivent être considérées comme telles.

Article 5

Conférence des Parties contractantes (Conférence alpine)

1. La conférence des Parties contractantes (Conférence alpine) tient des réunions régulières pour examiner les questions d'intérêt commun aux Parties contractantes et leur coopération. La première réunion de la Conférence alpine est convoquée par une Partie contractante à désigner d'un commun accord au plus tard un an après l'entrée en vigueur de la présente Convention.

2. Par la suite, des sessions ordinaires de la Conférence alpine ont lieu, en règle générale, tous les deux ans sous l'égide de la Partie contractante qui assure la présidence. La présidence et le lieu de la conférence changent après chaque session ordinaire de la Conférence alpine. L'un et l'autre sont déterminés par la Conférence alpine.

3. La Partie contractante assurant la présidence propose l'ordre du jour de la réunion de la Conférence alpine. Toute Partie contractante a le droit de faire mettre à l'ordre du jour les points qu'elle souhaite voir traiter.

4. Les Parties contractantes transmettent à la Conférence alpine des informations sur les mesures prises par elles aux fins d'appliquer la présente Convention et les protocoles auxquels elles sont Parties contractantes, sous réserve des lois nationales sur la confidentialité.

5. L'Organisation des Nations Unies, ses institutions spécialisées, le Conseil de l'Europe ainsi que tout Etat européen peuvent se faire représenter aux sessions de la Conférence alpine par des observateurs. La présente disposition s'applique également aux associations transfrontalières de collectivités territoriales dans l'espace alpin. La Conférence alpine peut en outre admettre en tant qu'observateurs des organisations non gouvernementales internationales actives dans ce domaine.

6. Des sessions extraordinaires de la Conférence alpine ont lieu lorsqu'une telle session est décidée par cette dernière ou lorsque, entre deux sessions ordinaires de la Conférence alpine, un tiers des Parties contractantes le demande par écrit à la Partie contractante qui assure la présidence.

Article 6

Attributions de la Conférence alpine

Dans le cadre de ses sessions, la Conférence alpine examine l'application de la Convention et des protocoles ainsi que de ses annexes et exerce notamment les attributions suivantes:

- Elle adopte des amendements à la présente Convention, dans le cadre de la procédure visée à l'article 10;
- Elle adopte des protocoles et leurs annexes ainsi que leurs amendements, dans le cadre de la procédure visée à l'article 11;
- Elle adopte son règlement intérieur;
- Elle adopte les décisions financières nécessaires;

- e) Sie beschließt die Einrichtung von zur Durchführung des Übereinkommens für notwendig erachteten Arbeitsgruppen.
- f) Sie nimmt die Auswertung wissenschaftlicher Informationen zur Kenntnis.
- g) Sie beschließt oder empfiehlt Maßnahmen zur Verwirklichung der in Artikel 3 und Artikel 4 vorgesehenen Ziele, legt Form, Gegenstand und Zeitabstände für die Übermittlung der nach Artikel 5 Absatz 4 vorzulegenden Informationen fest und nimmt diese Informationen sowie die von den Arbeitsgruppen vorgelegten Berichte zur Kenntnis.
- h) Sie stellt die Durchführung der notwendigen Sekretariatsarbeiten sicher.

Artikel 7

Beschlußfassung in der Alpenkonferenz

(1) Soweit im folgenden nichts anderes bestimmt ist, faßt die Alpenkonferenz ihre Beschlüsse mit Einstimmigkeit. Sind hinsichtlich der in Artikel 6 lit. c), f) und g) genannten Aufgaben alle Bemühungen um eine Einstimmigkeit erschöpft und stellt der Vorsitzende dies ausdrücklich fest, so wird der Beschluß mit Dreiviertelmehrheit der auf der Sitzung anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien gefaßt.

(2) In der Alpenkonferenz hat jede Vertragspartei eine Stimme. In ihrem Zuständigkeitsbereich übt die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ihr Stimmrecht mit einer Stimmenzahl aus, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind; die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft übt ihr Stimmrecht nicht aus, wenn die betreffenden Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht ausüben.

Artikel 8

Ständiger Ausschuß

(1) Ein Ständiger Ausschuß der Alpenkonferenz, der aus den Delegierten der Vertragsparteien besteht, wird als ausführendes Organ eingerichtet.

(2) Unterzeichnerstaaten, welche die Konvention noch nicht ratifiziert haben, haben in den Sitzungen des Ständigen Ausschusses Beobachterstatus. Dieser kann darüber hinaus jedem Alpenstaat, der diese Konvention noch nicht unterzeichnet hat, auf Antrag gewährt werden.

(3) Der Ständige Ausschuß beschließt seine Geschäftsordnung.

(4) Der Ständige Ausschuß bestimmt außerdem über die Modalitäten der allfälligen Teilnahme von Vertretern staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen an seinen Sitzungen.

(5) Die in der Alpenkonferenz vorsitzführende Vertragspartei stellt den Vorsitz im Ständigen Ausschuß.

(6) Der Ständige Ausschuß nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- a) er sichtet die von den Vertragsparteien übermittelten Informationen gemäß Artikel 5 Absatz 4 zur Berichterstattung an die Alpenkonferenz,
- b) er sammelt und bewertet Unterlagen im Hinblick auf die Durchführung des Übereinkommens sowie der Protokolle samt Anlagen und legt sie der Alpenkonferenz gemäß Artikel 6 zur Überprüfung vor,
- c) er unterrichtet die Alpenkonferenz über die Durchführung ihrer Beschlüsse,
- d) er bereitet inhaltlich die Tagungen der Alpenkonferenz vor und kann Tagesordnungspunkte sowie sonstige Maßnahmen betreffend die Durchführung des Übereinkommens und seiner Protokolle vorschlagen,
- e) er setzt entsprechend Artikel 6, lit. e) Arbeitsgruppen für die Erarbeitung von Protokollen und Empfehlungen ein und koordiniert deren Tätigkeit,

- e) Elle décide de la constitution de groupes de travail jugés nécessaires pour l'application de la présente Convention;
- f) Elle prend connaissance de l'évaluation des données scientifiques;
- g) Elle adopte ou recommande des mesures visant à la réalisation des objectifs prévus aux articles 3 et 4; elle fixe la forme, le contenu et la fréquence de transmission des informations devant être présentées conformément à l'article 5, paragraphe 4, et prend connaissance de ces informations ainsi que des rapports présentés par les groupes de travail;
- h) Elle s'assure de la réalisation des travaux de secrétariat nécessaires.

Article 7

Délibérations de la Conférence alpine

1. Sauf disposition contraire, la Conférence alpine délibère par consensus. Si toutefois, en ce qui concerne les tâches mentionnées aux lettres c), f) et g) de l'article 6, les possibilités de parvenir à un consensus ont été épuisées et si le président le constate expressément, la résolution est adoptée à la majorité des trois quarts des Parties contractantes présentes et prenant part au vote à la session.

2. A la Conférence alpine, toute Partie contractante possède une voix. Dans les domaines relevant de sa compétence, la Communauté économique européenne exerce son droit de vote avec un nombre de voix égal au nombre de ses Etats membres qui sont Parties contractantes à la présente Convention; la Communauté économique européenne n'exerce pas son droit de vote dans le cas où les Etats membres concernés exercent le leur.

Article 8

Comité permanent

1. Il est institué en tant qu'organe exécutif un Comité permanent de la Conférence alpine, composé des délégations des Parties contractantes.

2. Les Parties signataires n'ayant pas encore ratifié la Convention possèdent le statut d'observateur dans les sessions du Comité permanent. Celui-ci peut être concédé sur demande en outre à tout Etat alpin qui n'a pas encore signé la présente Convention.

3. Le Comité permanent adopte son règlement intérieur.

4. Le Comité permanent décide en outre des modalités de la participation éventuelle à ses sessions de représentants d'organisations gouvernementales et non gouvernementales.

5. La Partie contractante assurant la présidence de la Conférence alpine préside le Comité permanent.

6. Le Comité permanent a notamment les attributions suivantes:

- a) Il analyse les informations transmises par les Parties contractantes conformément à l'article 5, paragraphe 4 et en fait rapport à la Conférence alpine,
- b) Il collecte et évalue des documents concernant l'application de la présente Convention ainsi que des protocoles et de leurs annexes, et soumet ces documents à la Conférence alpine, conformément à l'article 6,
- c) Il informe la Conférence alpine de l'application de ses décisions,
- d) Il prépare le contenu des sessions de la Conférence alpine et propose les points de l'ordre du jour ainsi que d'autres mesures concernant l'application de la présente Convention et de ses protocoles,
- e) Il met en place de groupes de travail institués conformément à l'article 6e) pour l'élaboration de protocoles et coordonne leurs activités,

- f) er überprüft und harmonisiert Inhalte von Protokollentwürfen unter ganzheitlichen Aspekten und schlägt sie der Alpenkonferenz vor,
- g) er schlägt Maßnahmen und Empfehlungen zur Verwirklichung der in dem Übereinkommen und den Protokollen enthaltenen Ziele der Alpenkonferenz vor.

(7) Die Beschlußfassung im Ständigen Ausschuß erfolgt entsprechend den Bestimmungen des Artikels 7.

Artikel 9

Sekretariat

Die Alpenkonferenz kann die Errichtung eines ständigen Sekretariates mit Einstimmigkeit beschließen.

Artikel 10

Änderungen des Übereinkommens

Jede Vertragspartei kann der in der Alpenkonferenz vorsitzführenden Vertragspartei Vorschläge für Änderungen dieses Übereinkommens unterbreiten. Solche Vorschläge werden von der in der Alpenkonferenz vorsitzführenden Vertragspartei mindestens sechs Monate vor Beginn der Tagung der Alpenkonferenz, die sich mit ihnen befassen wird, den Vertragsparteien und Unterzeichnerstaaten übermittelt. Die Änderungen des Übereinkommens treten gemäß Absatz 2, 3 und 4 des Artikels 12 in Kraft.

Artikel 11

Protokolle und ihre Änderung

(1) Protokollentwürfe im Sinne des Artikels 2, Absatz 3 werden von der in der Alpenkonferenz vorsitzführenden Vertragspartei mindestens sechs Monate vor Beginn der Tagung der Alpenkonferenz, die sich mit ihnen befassen wird, den Vertragsparteien und Unterzeichnerstaaten übermittelt.

(2) Die von der Alpenkonferenz beschlossenen Protokolle werden anläßlich ihrer Tagungen oder danach beim Verwahrer unterzeichnet. Sie treten für diejenigen Vertragsparteien in Kraft, die sie ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben. Für das Inkrafttreten eines Protokolls sind mindestens drei Ratifikationen, Annahmen oder Genehmigungen erforderlich. Die betreffenden Urkunden werden bei der Republik Österreich als Verwahrer hinterlegt.

(3) Soweit im Protokoll nichts anderes vorgesehen ist, gelten für das Inkrafttreten und die Kündigung eines Protokolls die Artikel 10, 13 und 14 sinngemäß.

(4) Für Änderungen der Protokolle gelten entsprechend die Absätze 1 bis 3.

Artikel 12

Unterzeichnung und Ratifizierung

(1) Dieses Übereinkommen liegt ab dem 7. November 1991 bei der Republik Österreich als Verwahrer zur Unterzeichnung aus.

(2) Das Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

(3) Das Übereinkommen tritt drei Monate nach dem Tag in Kraft, nachdem drei Staaten ihre Zustimmung gemäß Absatz 2 ausgedrückt haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.

(4) Für jeden Unterzeichnerstaat, der später seine Zustimmung gemäß Absatz 2 ausdrückt, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, tritt es drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

- f) Il examine et harmonise les contenus de projets de protocoles dans une perspective globale et les soumet à la Conférence alpine,

- g) Il propose des mesures et recommandations aux fins de réaliser les objectifs de la Conférence alpine contenus dans la présente Convention et les protocoles.

7. L'adoption par le Comité permanent des décisions et résolutions s'effectue conformément aux dispositions de l'article 7.

Article 9

Secrétariat

La Conférence alpine peut décider par consensus de l'établissement d'un secrétariat permanent.

Article 10

Amendements à la Convention

Toute Partie contractante peut soumettre des propositions d'amendement de la présente Convention à la Partie contractante assurant la présidence de la Conférence alpine. De telles propositions sont transmises aux Parties contractantes et Parties signataires par la Partie contractante assurant la présidence de la Conférence alpine au moins six mois avant l'ouverture de la Conférence alpine qui en délibère. Les amendements à la Convention entrent en vigueur conformément aux paragraphes 2, 3 et 4 de l'article 12.

Article 11

Les protocoles et leurs amendements

1. Les projets de protocoles au sens de l'article 2, paragraphe 3, sont transmis aux Parties contractantes et Parties signataires par la Partie contractante assurant la présidence de la Conférence alpine au moins six mois avant l'ouverture de la session de la Conférence alpine qui en délibère.

2. Les protocoles adoptés par la Conférence alpine sont signés à l'occasion d'une séance de la Conférence ou à tout moment ultérieur auprès du dépositaire. Ils entrent en vigueur pour les Parties contractantes qui les ont ratifiés, acceptés ou approuvés. Pour qu'un protocole entre en vigueur, trois ratifications, acceptations ou approbations au moins sont nécessaires. Le dépôt des instruments concernés se fait auprès de la République d'Autriche en tant que dépositaire.

3. Sauf disposition contraire figurant dans un protocole, l'entrée en vigueur et la dénonciation d'un protocole sont régies par les articles 10, 13 et 14.

4. Les paragraphes 1 à 3 s'appliquent de la même manière aux amendements des protocoles.

Article 12

Signature et ratification

1. La présente Convention est ouverte à la signature auprès de la République d'Autriche, dépositaire, à partir du 7 novembre 1991.

2. La Convention est soumise à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation sont déposés auprès du dépositaire.

3. La Convention entre en vigueur trois mois après la date à laquelle trois Etats auront exprimé leur consentement à être liés par la présente Convention conformément aux dispositions du paragraphe 2.

4. Elle entre en vigueur à l'égard de toute Partie signataire qui exprime ultérieurement son consentement à être liée par elle, trois mois après la date du dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation conformément aux dispositions du paragraphe 2.

Artikel 13**Kündigung**

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen jederzeit durch eine an den Verwahrer gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer folgt.

Artikel 14**Notifikationen**

Der Verwahrer notifiziert den Vertragsparteien und Unterzeichnerstaaten

- a) jede Unterzeichnung,
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde,
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach Artikel 12,
- d) jede nach Artikel 1 Absätze 2 und 3 abgegebene Erklärung,
- e) jede nach Artikel 13 vorgenommene Notifikation und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Salzburg am 7. November 1991 in deutscher, französischer, italienischer und slowenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Staatsarchiv der Republik Österreich hinterlegt wird. Der Verwahrer übermittelt den Unterzeichnerstaaten beglaubigte Abschriften.

Article 13**Dénonciation**

1. Toute Partie contractante peut, à tout moment, dénoncer la présente Convention en adressant une notification au dépositaire.

2. La dénonciation prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de six mois après la date de réception de la notification par le dépositaire.

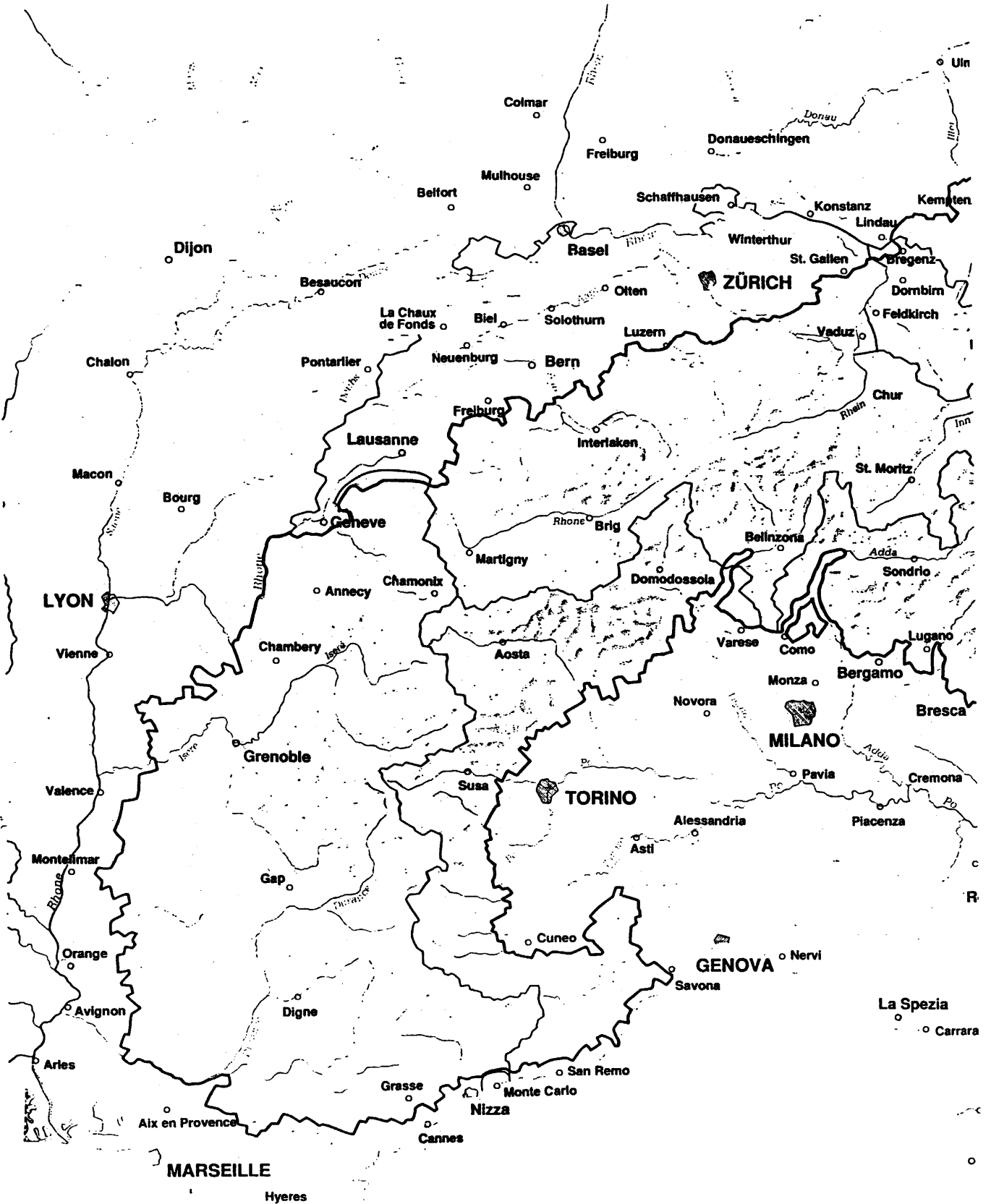
Article 14**Notifications**

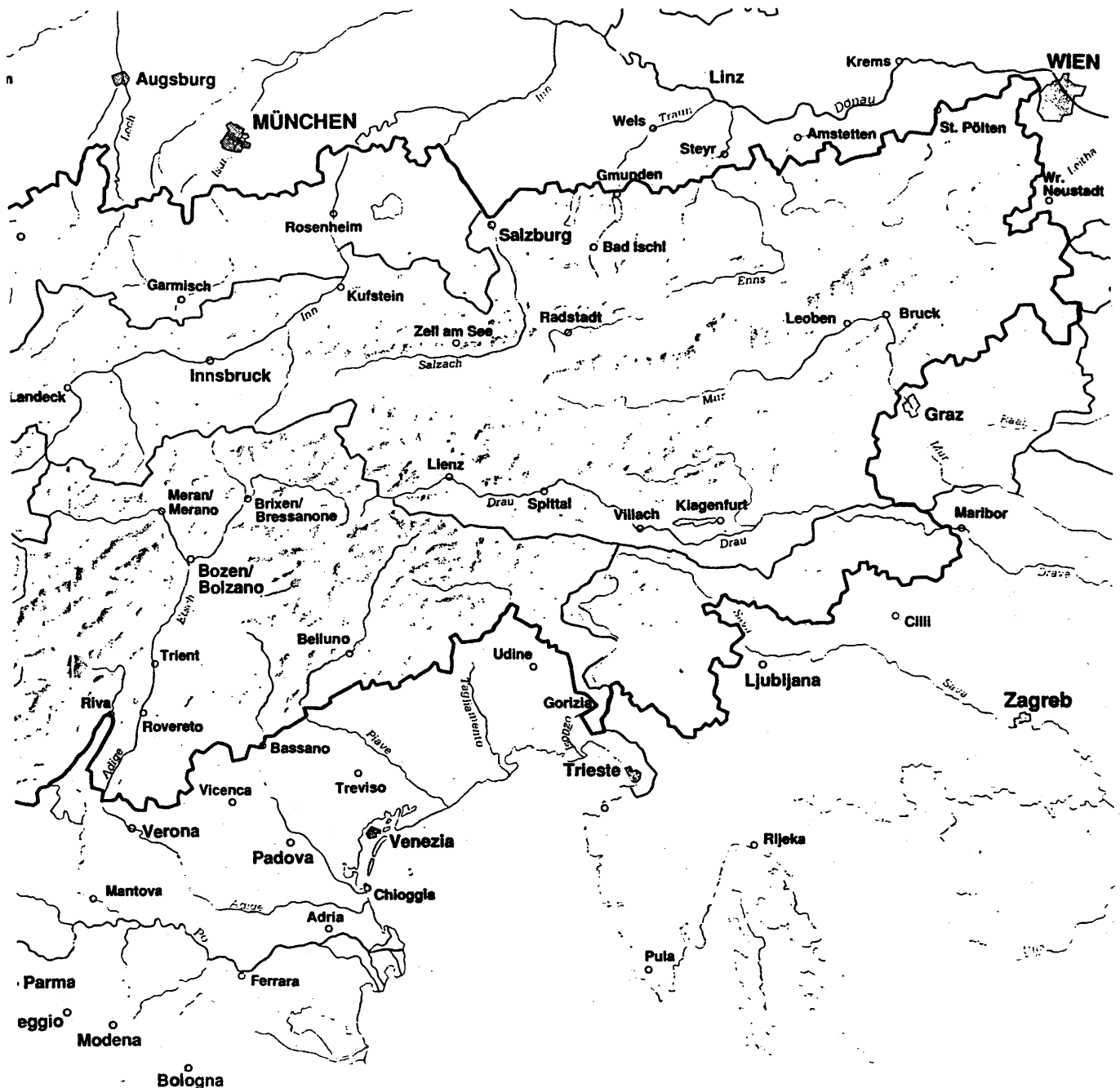
Le dépositaire notifie à toutes les Parties contractantes et à toutes les Parties signataires:

- (a) toute signature,
- (b) le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation,
- (c) toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention conformément à l'article 12,
- (d) toute déclaration faite en vertu des paragraphes 2 et 3 de l'article 1,
- (e) toute notification faite en vertu des dispositions de l'article 13 et la date à laquelle la dénonciation prend effet.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Salzbourg, le 7 novembre 1991 en français, allemand, italien, slovène, les quatre textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives d'Etat de la République d'Autriche. Le dépositaire communique copie certifiée conforme à toutes les Parties signataires.





Anlage: Anwendungsbereich des "Übereinkommens zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention)" im Sinne des Artikels 1 Absatz (1).

Allegato: Campo d'applicazione della "Convenzione per la protezione delle Alpi (Convenzione delle Alpi)", ai sensi dell'articolo 1, paragrafo (1).

Pisa
Firenze

Livorno

Annexe: Champ d'application de la "Convention pour la protection des Alpes (Convention Alpine)", au sens de l'article 1 paragraphe (1).

Priloga: Območje veljavnosti "Sporazuma o varstvu Alp (Alpska konvencija)" v smislu člena 1, odstavek (1).

Liste
der administrativen Einheiten des Alpenraumes
in der Bundesrepublik Deutschland

Folgende kreisfreie Städte und Landkreise zählen zum Bayerischen Alpenraum:

Kreisfreie Städte:

Kempten (Allgäu)

Kaufbeuren

Rosenheim

Landkreise:

Lindau (Bodensee)

Oberallgäu

Ostallgäu

Weilheim-Schongau

Garmisch-Partenkirchen

Bad Tölz-Wolfratshausen

Miesbach

Rosenheim

Traunstein

Berchtesgadener Land

Liste
des unités administratives de l'espace alpin
en République fédérale d'Allemagne

Les villes-Kreis et les Kreis suivants font partie de l'espace alpin bavarois:

Villes-Kreis:

Kempten (Allgäu)

Kaufbeuren

Rosenheim

Kreis:

Lindau (Bodensee)

Oberallgäu

Ostallgäu

Weilheim-Schongau

Garmisch-Partenkirchen

Bad Tölz-Wolfratshausen

Miesbach

Rosenheim

Traunstein

Berchtesgadener Land

Liste
der administrativen Einheiten des Alpenraumes
in der Französischen Republik

Der Alpenraum umfaßt gemäß Erlaß Nr. 85997 vom 20. September 1985 im Bereich der Südalpen:

- das Departement Alpes-de-Haute-Provence,
- das Departement Haute-Alpes,
- die Kantone, deren Gebiete vollständig oder teilweise als Berggebiete klassifiziert sind, im Departement Alpes Maritimes, mit Ausnahme der Gemeinden Menton und Roquebrune-Cap-Martin, sowie in den Departements Var und Vaucluse,
- sowie den Bezirk Barjols im Departement Var und den Kanton Cadenet im Departement Vaucluse,

gemäß Erlaß Nr. 85996 vom 20. September 1985 im Bereich der Nordalpen:

- das Departement Savoie,
- das Departement Haute-Savoie,
- den Bezirk Grenoble im Departement Isère, den Kanton Saint-Geoire-en-Valdaine sowie die vollständig oder teilweise als Berggebiete klassifizierten Gemeinden der Kantone Pont-de-Beauvoisin und Virieu-sur-Bourhec,
- und im Departement Drôme den Bezirk Die und die Kantone der Bezirke Nyons und Valence mit den vollständig oder teilweise als Berggebiet klassifizierten Teilen, mit Ausnahme der Kantone Crest-Nord und Sud, Bourg-de-Péage und Chabeuil, in denen die Berge auf die als vollständig oder teilweise als Berggebiet klassifizierten Gemeinden beschränkt sind.

Liste
des unités administratives de l'espace alpin
de la République française

L'espace alpin comprend, conformément au décret No 85997 du 20 septembre 1985, dans le secteur des Alpes méridionales:

- le département des Alpes de Haute-Provence,
- le département des Hautes-Alpes,
- les cantons dont les territoires sont classifiés entièrement ou en partie comme régions de montagne dans le département des Alpes Maritimes, à l'exception des communes de Menton et de Roquebrune-Cap-Martin, ainsi que les départements du Var et du Vaucluse,
- ainsi que la circonscription de Barjols dans le département du Var et le canton de Cadenet dans le département du Vaucluse,

conformément au décret No 85996 du 20 septembre 1985, dans le secteur des Alpes septentrionales:

- le département de Savoie,
- le département de Haute-Savoie,
- la circonscription de Grenoble dans le département de l'Isère, le canton de Saint-Geoire-en-Valdaine ainsi que les communes des cantons de Pont-de-Beauvoisin et de Virieu-sur-Bourhec, classifiées en tout ou en partie comme régions de montagne,
- et dans le département de la Drôme la circonscription de Die et les cantons des circonscriptions de Nyons et de Valence, avec les parties classifiées en tout ou en partie comme régions de montagne, à l'exception des cantons de Crest-Nord et Sud, Bourg-de-Péage et Chabeuil, dans lesquelles les montagnes sont limitées aux communes classifiées en tout ou en partie comme régions de montagne.

Liste
der administrativen Einheiten des Alpenraumes
in der Republik Slowenien

Verzeichnis der Gemeinden

Dravograd
Idrija
Jesenice
Mozirje
Radlje ob Dravi
Radovljica
Ravne na Koroškem
Slovenj Gradec
Skofja Loka
Tolmin
Tržič
Ruše

Verzeichnis der Lokalgemeinschaften in Teilen der Gemeinden

Ajdovščina	Adjovščina Budanje Col Črniče Dolga Poljana Gojače Gradišče pri Vipavi Kamnje-Potoče Lokavec Lozice Otlica-Kovk Podkraj Podnanos Predmeja Skrilje Štomaž Vipava Vrhopolje Vrtovin Žapuže
Kamnik	Črna pri Kamniku Godič Kamniška Bistrica Mekinje Motnik Nevlje Sela pri Kamniku Srednja vas pri Kamniku Šmartno v Tuhinju Špitalič Tuhinj
Kranj	Bela Golnik Gorice Grad Jezersko Kokra Olševek-Motemaža Preddvor Trstenik
Ljubljana-Vič Rudnik	Črni Vrh Polhov Gradec
Logatec	Hotedršica Rovte Tabor Logatec Trate Vrh nad Rovtami

Liste
des unités administratives de l'espace alpin
de la République de Slovénie

Répertoire des communes

Dravograd
Idrija
Jesenice
Mozirje
Radlje ob Dravi
Radovljica
Ravne na Koroškem
Slovenj Gradec
Skofja Loka
Tolmin
Tržič
Ruše

Répertoire des collectivités locales dans des parties des communes

Ajdovščina	Adjovščina Budanje Col Črniče Dolga Poljana Gojače Gradišče pri Vipavi Kamnje-Potoče Lokavec Lozice Otlica-Kovk Podkraj Podnanos Predmeja Skrilje Štomaž Vipava Vrhopolje Vrtovin Žapuže
Kamnik	Črna pri Kamniku Godič Kamniška Bistrica Mekinje Motnik Nevlje Sela pri Kamniku Srednja vas pri Kamniku Šmartno v Tuhinju Špitalič Tuhinj
Kranj	Bela Golnik Gorice Grad Jezersko Kokra Olševek-Motemaža Preddvor Trstenik
Ljubljana-Vič	Rudnik Črni Vrh Polhov Gradec
Logatec	Hotedršica Rovte Tabor Logatec Trate Vrh nad Rovtami

Nova Gorica	Avče Banjšice Čepovan Deskle-Anhovo Dobrovo v Brdih	Nova Gorica	Avče Banjšice Čepovan Deskle-Anhovo Dobrovo v Brdih
Nova Gorica	Grgar Grgarske Ravne Kal nad Kanalom Kambreško Kanal ob Soči Kojsko Levpa Lig Lokovec Lokve Medana Osek-Vitovlje Ozeljan Ravnica Ročinj Solkan Tmovo	Nova Gorica	Grgar Grgarske Ravne Kal nad Kanalom Kambreško Kanal ob Soči Kojsko Levpa Lig Lokovec Lokve Medana Osek-Vitovlje Ozeljan Ravnica Ročinj Solkan Tmovo
Postojna	Bukovje Landol Planina Razdrto Studeno Šmihel pod Nanosom Veliko Ubelsko	Postojna	Bukovje Landol Planina Razdrto Studeno Šmihel pod Nanosom Veliko Ubelsko
Slovenska Bistrica	Alfonz Šarh Impol Kebelj Oplotnica Pohorski Odred Preloge Smartno na Pohorju Tinje Zgornja Ložnica Zgornja Polskava	Slovenska Bistrica	Alfonz Šarh Impol Kebelj Oplotnica Pohorski Odred Preloge Smartno na Pohorju Tinje Zgornja Ložnica Zgornja Polskava
Slovenske Konjice	Gorenje pri Zrečah Resnik Skomarje	Slovenske Konjice	Gorenje pri Zrečah Resnik Skomarje
Slovenske Konjice	Stranice Vitanje Zreče	Slovenske Konjice	Stranice Vitanje Zreče
Velenje	Bele Vode Ravne Topolšica Zavodje	Velenje	Bele Vode Ravne Topolšica Zavodje
Maribor	Fram Hoče Limbus Pekre Radvanje Razvanje Reka Pohorje Slivnica	Maribor	Fram Hoče Limbus Pekre Radvanje Razvanje Reka Pohorje Slivnica

Liste
der administrativen Einheiten des Alpenraumes
in der Italienischen Republik

Regione	Provincia
Liguria	Imperia
Piemonte	Torino Cuneo Vercelli Novara
Regione autonoma Valle d'Aosta	
Lombardia	Varese Como Sondrio Bergamo Brescia
Provincia autonoma di Trento	
Provincia autonoma di Bolzano	
Veneto	Verona Vicenza Treviso Belluno
Regione autonoma Friuli V. G.	Udine Pordenone Gorizia

Liste
des unités administratives de l'espace alpin
de la République italienne

Région	Province
Ligurie	Imperia
Piemont	Torino Cuneo Vercelli Novara
Regione autonoma Valle d'Aosta	
Lombardia	Varese Como Sondrio Bergamo Brescia
Province autonome du Trentin	
Province autonome de Bolzano	
Venetie	Verona Vicenza Treviso Belluno
Province autonome du Frioul V. G.	Udine Pordenone Gorizia

Liste
der administrativen Einheiten des Alpenraumes
im Fürstentum Liechtenstein

Das gesamte Fürstentum Liechtenstein

Liste
des unités administratives de l'espace alpin
de la Principauté de Liechtenstein

La totalité de la Principauté de Liechtenstein

Liste
der administrativen Einheiten des Alpenraumes
in der Republik Österreich

Bundesland Vorarlberg
alle Gemeinden
Bundesland Tirol
alle Gemeinden
Bundesland Kärnten
alle Gemeinden
Bundesland Salzburg
Salzburg (Stadt)
Bezirk Hallein
Abtenau
Adnet
Annaberg im Lammertal
Golling an der Salzach
Hallein
Krispl
Kuchl
Oberalm
Puch bei Hallein

Liste
des unités administratives de l'espace alpin
de la République d'Autriche

Pays fédéral du Vorarlberg
toutes les communes
Pays fédéral du Tyrol
toutes les communes
Pays fédéral de Carinthie
toutes les communes
Pays fédéral de Salzbourg
Salzbourg (ville)
Circonscription Hallein
Abtenau
Adnet
Annaberg im Lammertal
Golling an der Salzach
Hallein
Krispl
Kuchl
Oberalm
Puch bei Hallein

Rußbach am Paß Gschütt
Sankt Koloman
Scheffau am Tennengebirge
Vigaun

Bezirk Salzburg-Umgebung

Anif
Ebenau
Elsbethen
Eugendorf
Faistenau
Fuschl am See
Grödig
Großgmain
Hallwang
Henndorf am Wallersee
Hintersee
Hof bei Salzburg
Koppl
Neumarkt am Wallersee
Plainfeld
Sankt Gilgen
Strobl
Thalgau
Wals-Siezenheim

Bezirk Sankt Johann im Pongau

Altenmarkt im Pongau
Bad Hofgastein
Badgastein
Bischofshofen
Dorfgastein
Eben im Pongau
Filzmoos
Flachau
Forstau
Goldegg
Großarl
Hüttai
Hüttschlag
Kleinarl
Mühlbach am Hochkönig
Pfarrwerfen
Radstadt
Sankt Johann im Pongau
Sankt Martin am Tennengebirge
Sankt Veit im Pongau
Schwarzach im Pongau
Untertauern
Wagrain
Werfen
Werfenweng

Bezirk Tamsweg

Göriach
Lessach
Mariapfarr
Mauterndorf
Muhr
Ramingstein
Sankt Andrä im Lungau
Sankt Margarethen im Lungau
Sankt Michael im Lungau
Tamsweg
Thomatal
Tweng
Unternberg
Weißpriach
Zederhaus

Bezirk Zell am See

Bramberg am Wildkogel
Bruck an der Großglocknerstraße
Dienten am Hochkönig
Fusch an der Großglocknerstraße

Rußbach am Paß Gschütt
Sankt Koloman
Scheffau am Tennengebirge
Vigaun

Circonscription-région de Salzburg

Anif
Ebenau
Elsbethen
Eugendorf
Faistenau
Fuschl am See
Grödig
Großgmain
Hallwang
Henndorf am Wallersee
Hintersee
Hof bei Salzburg
Koppl
Neumarkt am Wallersee
Plainfeld
Sankt Gilgen
Strobl
Thalgau
Wals-Siezenheim

Circonscription Sankt Johann im Pongau

Altenmarkt im Pongau
Bad Hofgastein
Badgastein
Bischofshofen
Dorfgastein
Eben im Pongau
Filzmoos
Flachau
Forstau
Goldegg
Großarl
Hüttai
Hüttschlag
Kleinarl
Mühlbach am Hochkönig
Pfarrwerfen
Radstadt
Sankt Johann im Pongau
Sankt Martin am Tennengebirge
Sankt Veit im Pongau
Schwarzach im Pongau
Untertauern
Wagrain
Werfen
Werfenweng

Circonscription Tamsweg

Göriach
Lessach
Mariapfarr
Mauterndorf
Muhr
Ramingstein
Sankt Andrä im Lungau
Sankt Margarethen im Lungau
Sankt Michael im Lungau
Tamsweg
Thomatal
Tweng
Unternberg
Weißpriach
Zederhaus

Circonscription Zell am See

Bramberg am Wildkogel
Bruck an der Großglocknerstraße
Dienten am Hochkönig
Fusch an der Großglocknerstraße

Hollersbach im Pinzgau
 Kaprun
 Krimml
 Lend
 Leogang
 Lofer
 Maishofen
 Maria Alm am Steinernen Meer
 Mittersill
 Neukirchen am Großvenediger
 Niedersill
 Piesendorf
 Rauris
 Saalbach-Hinterglemm
 Saalfelden am Steinernen Meer
 Sankt Martin bei Lofer
 Stuhlfelden
 Taxenbach
 Unken
 Uttendorf
 Viehhofen
 Wald im Pinzgau
 Weißbach bei Lofer
 Zell am See

Bundesland Oberösterreich

Bezirk Gmunden

Altmünster
 Bad Goisern
 Bad Ischl
 Ebensee
 Gmunden
 Gosau
 Grünau im Almtal
 Gschwandt
 Hallstatt
 Kirchham
 Obertraun
 Pinsdorf
 Sankt Konrad
 Sankt Wolfgang im Salzkammergut
 Traunkirchen
 Scharnstein

Bezirk Kirchdorf an der Krems

Edlbach
 Grünburg
 Hinterstoder
 Inzersdorf im Kremstal
 Micheldorf in Oberösterreich
 Molln
 Oberschlierbach
 Rosenau am Hengstpaß
 Roßleithen
 Sankt Pankraz
 Spital am Pyhrn
 Steinbach am Ziehbach
 Steinbach an der Steyr
 Vorderstoder
 Windischgarsten

Bezirk Steyr-Land

Gaflenz
 Garsten
 Großbraming
 Laussa
 Losenstein
 Maria Neustift
 Reichraming
 Sankt Ulrich bei Steyr
 Ternberg
 Weyer Land
 Weyer Markt

Hollersbach im Pinzgau
 Kaprun
 Krimml
 Lend
 Leogang
 Lofer
 Maishofen
 Maria Alm am Steinernen Meer
 Mittersill
 Neukirchen am Großvenediger
 Niedersill
 Piesendorf
 Rauris
 Saalbach-Hinterglemm
 Saalfelden am Steinernen Meer
 Sankt Martin bei Lofer
 Stuhlfelden
 Taxenbach
 Unken
 Uttendorf
 Viehhofen
 Wald im Pinzgau
 Weißbach bei Lofer
 Zell am See

Pays Fédéral du Haute-Authrie

Circonscription Gmunden

Altmünster
 Bad Goisern
 Bad Ischl
 Ebensee
 Gmunden
 Gosau
 Grünau im Almtal
 Gschwandt
 Hallstatt
 Kirchham
 Obertraun
 Pinsdorf
 Sankt Konrad
 Sankt Wolfgang im Salzkammergut
 Traunkirchen
 Scharnstein

Circonscription Kirchdorf an der Krems

Edlbach
 Grünburg
 Hinterstoder
 Inzersdorf im Kremstal
 Micheldorf in Oberösterreich
 Molln
 Oberschlierbach
 Rosenau am Hengstpaß
 Roßleithen
 Sankt Pankraz
 Spital am Pyhrn
 Steinbach am Ziehbach
 Steinbach an der Steyr
 Vorderstoder
 Windischgarsten

Circonscription Steyr-Land

Gaflenz
 Garsten
 Großbraming
 Laussa
 Losenstein
 Maria Neustift
 Reichraming
 Sankt Ulrich bei Steyr
 Ternberg
 Weyer Land
 Weyer Markt

Bezirk Vöcklabruck	Circonscription Vöcklabruck
Attersee	Attersee
Aurach am Hongar	Aurach am Hongar
Innerschwand	Innerschwand
Mondsee	Mondsee
Nußdorf am Attersee	Nußdorf am Attersee
Oberhofen am Irrsee	Oberhofen am Irrsee
Oberwang	Oberwang
Sankt Georgen im Attergau	Sankt Georgen im Attergau
Sankt Lorenz	Sankt Lorenz
Schörfling am Attersee	Schörfling am Attersee
Seewalchen am Attersee	Seewalchen am Attersee
Steinbach am Attersee	Steinbach am Attersee
Straß im Attergau	Straß im Attergau
Tiefgraben	Tiefgraben
Unterach am Attersee	Unterach am Attersee
Weißenkichen im Attergau	Weißenkichen im Attergau
Weyregg am Attersee	Weyregg am Attersee
Zell am Moos	Zell am Moos
Bundesland Niederösterreich	Pays Fédéral de Basse-Autriche
Waidhofen an der Ybbs (Stadt)	Waidhofen an der Ybbs (ville)
Bezirk Amstetten	Circonscription Amstetten
Allhartsberg	Allhartsberg
Ertl	Ertl
Hollenstein an der Ybbs	Hollenstein an der Ybbs
Opponitz	Opponitz
Sankt Georgen am Reith	Sankt Georgen am Reith
Sankt Peter in der Au	Sankt Peter in der Au
Seitenstetten	Seitenstetten
Sonntagberg	Sonntagberg
Ybbsitz	Ybbsitz
Bezirk Baden	Circonscription Baden
Alland	Alland
Altenmarkt an der Triesting	Altenmarkt an der Triesting
Bad Vöslau	Bad Vöslau
Baden	Baden
Berndorf	Berndorf
Enzesfeld-Lindabrunn	Enzesfeld-Lindabrunn
Furth an der Triesting	Furth an der Triesting
Heiligenkreuz	Heiligenkreuz
Hernstein	Hernstein
Hirtenberg	Hirtenberg
Klausen-Leopoldsdorf	Klausen-Leopoldsdorf
Pfaffstätten	Pfaffstätten
Pottenstein	Pottenstein
Sooß	Sooß
Weissenbach an der Triesting	Weissenbach an der Triesting
Bezirk Lilienfeld	Circonscription Lilienfeld
Annaberg	Annaberg
Eschenau	Eschenau
Hainfeld	Hainfeld
Hohenberg	Hohenberg
Kaumberg	Kaumberg
Kleinzell	Kleinzell
Lilienfeld	Lilienfeld
Mitterbach am Erlaufsee	Mitterbach am Erlaufsee
Ramsau	Ramsau
Rohrbach an der Gölsen	Rohrbach an der Gölsen
Sankt Aegyd am Neuwalde	Sankt Aegyd am Neuwalde
Sankt Veit an der Gölsen	Sankt Veit an der Gölsen
Traisen	Traisen
Türnitz	Türnitz
Bezirk Melk	Circonscription Melk
Texingtal	Texingtal
Bezirk Mödling	Circonscription Mödling
Breitenfurt bei Wien	Breitenfurt bei Wien
Gaaden	Gaaden
Gießhübl	Gießhübl
Gumpoldskirchen	Gumpoldskirchen

Hinterbrühl
Kaltenleutgeben
Laab im Walde
Mödling
Perchtoldsdorf
Wienerwald

Bezirk Neunkirchen

Altendorf
Aspang-Markt
Aspangberg-Sankt Peter
Breitenstein
Buchbach
Edlitz
Enzenreith
Feistritz am Wechsel
Gloggnitz
Grafenbach-Sankt Valentin
Grimmenstein
Grünbach am Schneeberg
Kirchberg am Wechsel
Mönichkirchen
Natschbach-Loipersbach
Otterthal
Payerbach
Pitten
Prigglitz
Puchberg am Schneeberg
Raach am Hochgebirge
Reichenau an der Rax
Sankt Corona am Wechsel
Scheiblingkirchen-Thernberg
Schottwien
Schrattenbach
Schwarzau im Gebirge
Seebenstein
Semmering
Ternitz
Thomasberg
Trattenbach
Vöstenhof
Warth
Wartmannstetten
Willendorf
Wimpassing im Schwarzatale
Würflach
Zöbern

Bezirk Sankt Pölten (Land)

Altengbach
Asperhofen
Brand-Laaben
Eichgraben
Frankenfels
Grünau
Kasten bei Böheimkirchen
Kirchberg an der Pielach
Loich
Maria-Anzbach
Michelbach
Neulengbach
Neustift-Innermanzing
Pyhra
Rabenstein an der Pielach
Schwarzenbach an der Pielach
Stössing
Wilhelmsburg

Bezirk Scheibbs

Gaming
Göstling an der Ybbs
Gresten
Gresten-Land
Lunz am See

Hinterbrühl
Kaltenleutgeben
Laab im Walde
Mödling
Perchtoldsdorf
Wienerwald

Circonscription Neunkirchen

Altendorf
Aspang-Markt
Aspangberg-Sankt Peter
Breitenstein
Buchbach
Edlitz
Enzenreith
Feistritz am Wechsel
Gloggnitz
Grafenbach-Sankt Valentin
Grimmenstein
Grünbach am Schneeberg
Kirchberg am Wechsel
Mönichkirchen
Natschbach-Loipersbach
Otterthal
Payerbach
Pitten
Prigglitz
Puchberg am Schneeberg
Raach am Hochgebirge
Reichenau an der Rax
Sankt Corona am Wechsel
Scheiblingkirchen-Thernberg
Schottwien
Schrattenbach
Schwarzau im Gebirge
Seebenstein
Semmering
Ternitz
Thomasberg
Trattenbach
Vöstenhof
Warth
Wartmannstetten
Willendorf
Wimpassing im Schwarzatale
Würflach
Zöbern

Circonscription Sankt Pölten (Land)

Altengbach
Asperhofen
Brand-Laaben
Eichgraben
Frankenfels
Grünau
Kasten bei Böheimkirchen
Kirchberg an der Pielach
Loich
Maria-Anzbach
Michelbach
Neulengbach
Neustift-Innermanzing
Pyhra
Rabenstein an der Pielach
Schwarzenbach an der Pielach
Stössing
Wilhelmsburg

Circonscription Scheibbs

Gaming
Göstling an der Ybbs
Gresten
Gresten-Land
Lunz am See

Puchenstuben
 Randegg
 Reinsberg
 Sankt Anton an der Jeßnitz
 Sankt Georgen an der Leys
 Scheibbs
 Steinakirchen am Forst
 Wang

Bezirk Tulln
 Königstetten
 Sieghartskirchen
 Tulbing
 Zeiselmauer
 Sankt Andrä-Wördern

Bezirk Wiener Neustadt (Land)
 Bad Fischau-Brunn
 Bad Schönau
 Ebenfurth
 Erlach
 Gutenstein
 Hochneukirchen-Gschaidt
 Hochwolkersdorf
 Hohe Wand
 Hollenthon
 Katzelsdorf
 Kirchschlag in der Buckligen Welt
 Krumbach
 Lanzenkirchen
 Lichtenegg
 Markt Piesting
 Matzendorf-Hölles
 Miesenbach
 Muggendorf
 Pernitz
 Rohr im Gebirge
 Bromberg
 Schwarzenbach
 Waidmannsfeld
 Waldegg
 Walpersbach
 Wiesmath
 Winzendorf-Muthmannsdorf
 Wöllersdorf-Steinabrückl

Bezirk Wien-Umgebung
 Gablitz
 Klostereuburg
 Mauerbach
 Pressbaum
 Purkersdorf
 Tullnerbach
 Wolfsgaben

Bundesland Steiermark
 Bezirk Bruck an der Mur
 Aflenz Kurort
 Aflenz Land
 Breitenau am Hochlantsch
 Bruck an der Mur
 Etmißl
 Frauenberg
 Gußwerk
 Halltal
 Kapfenberg
 Mariazell
 Oberaich
 Parschlug
 Pernegg an der Mur
 Sankt Ilgen
 Sankt Katharein an der Laming
 Sankt Lorenzen im Mürztal
 Sankt Marein im Mürztal

Puchenstuben
 Randegg
 Reinsberg
 Sankt Anton an der Jeßnitz
 Sankt Georgen an der Leys
 Scheibbs
 Steinakirchen am Forst
 Wang

Circonscription Tulln
 Königstetten
 Sieghartskirchen
 Tulbing
 Zeiselmauer
 Sankt Andrä-Wördern

Circonscription Wiener Neustadt (Land)
 Bad Fischau-Brunn
 Bad Schönau
 Ebenfurth
 Erlach
 Gutenstein
 Hochneukirchen-Gschaidt
 Hochwolkersdorf
 Hohe Wand
 Hollenthon
 Katzelsdorf
 Kirchschlag in der Buckligen Welt
 Krumbach
 Lanzenkirchen
 Lichtenegg
 Markt Piesting
 Matzendorf-Hölles
 Miesenbach
 Muggendorf
 Pernitz
 Rohr im Gebirge
 Bromberg
 Schwarzenbach
 Waidmannsfeld
 Waldegg
 Walpersbach
 Wiesmath
 Winzendorf-Muthmannsdorf
 Wöllersdorf-Steinabrückl

Circonscription-région de Vienne
 Gablitz
 Klostereuburg
 Mauerbach
 Pressbaum
 Purkersdorf
 Tullnerbach
 Wolfsgaben

Pays Fédéral de Styrie
 Circonscription Bruck an der Mur
 Aflenz Kurort
 Aflenz Land
 Breitenau am Hochlantsch
 Bruck an der Mur
 Etmißl
 Frauenberg
 Gußwerk
 Halltal
 Kapfenberg
 Mariazell
 Oberaich
 Parschlug
 Pernegg an der Mur
 Sankt Ilgen
 Sankt Katharein an der Laming
 Sankt Lorenzen im Mürztal
 Sankt Marein im Mürztal

Sankt Sebastian
Thörl
Tragöß
Turnau

Bezirk Deutschlandsberg

Aibl
Freiland bei Deutschlandsberg
Bad Gams
Garanas
Greisdorf
Gressenberg
Großradl
Kloster
Marhof
Osterwitz
Sankt Oswald ob Eibiswald
Schwanberg
Soboth
Trahütten
Wernersdorf
Wielfresen

Bezirk Graz-Umgebung

Attendorf
Deutschfeistritz
Eisbach
Frohnleiten
Gratkorn
Gratwein
Großstübing
Gschneid
Hitzendorf
Judendorf-Straßengel
Peggau
Röthelstein
Rohrbach-Steinberg
Rothleiten
Sankt Bartholomä
Sankt Oswald bei Plankenwarth
Sankt Radegund bei Graz
Schrems bei Frohnleiten
Semriach
Stattegg
Stiwoll
Thal
Tulwitz
Tyrnau
Übelbach
Weinitzen

Bezirk Hartberg

Dechantskirchen
Friedberg
Grafendorf bei Hartberg
Greinbach
Kleinschlag
Mönichwald
Pinggau
Pöllau
Pöllauberg
Puchegg
Rabenwald
Riegersberg
Rohrbach an der Lafnitz
Saifen-Boden
Sankt Jakob im Walde
Sankt Lorenzen am Wechsel
Schachen bei Vorau
Schäffern
Schlag bei Thalberg
Schönegg bei Pöllau
Sonnhofen
Stambach

Sankt Sebastian
Thörl
Tragöß
Turnau

Circonscription Deutschlandsberg

Aibl
Freiland bei Deutschlandsberg
Bad Gams
Garanas
Greisdorf
Gressenberg
Großradl
Kloster
Marhof
Osterwitz
Sankt Oswald ob Eibiswald
Schwanberg
Soboth
Trahütten
Wernersdorf
Wielfresen

Circonscription-région de Graz

Attendorf
Deutschfeistritz
Eisbach
Frohnleiten
Gratkorn
Gratwein
Großstübing
Gschneid
Hitzendorf
Judendorf-Straßengel
Peggau
Röthelstein
Rohrbach-Steinberg
Rothleiten
Sankt Bartholomä
Sankt Oswald bei Plankenwarth
Sankt Radegund bei Graz
Schrems bei Frohnleiten
Semriach
Stattegg
Stiwoll
Thal
Tulwitz
Tyrnau
Übelbach
Weinitzen

Circonscription Hartberg

Dechantskirchen
Friedberg
Grafendorf bei Hartberg
Greinbach
Kleinschlag
Mönichwald
Pinggau
Pöllau
Pöllauberg
Puchegg
Rabenwald
Riegersberg
Rohrbach an der Lafnitz
Saifen-Boden
Sankt Jakob im Walde
Sankt Lorenzen am Wechsel
Schachen bei Vorau
Schäffern
Schlag bei Thalberg
Schönegg bei Pöllau
Sonnhofen
Stambach

Stubenberg	Stubenberg
Vorau	Vorau
Vornholz	Vornholz
Waldbach	Waldbach
Wenigzell	Wenigzell
Bezirk Judenburg	Circonscription Judenburg
Amering	Améring
Bretstein	Bretstein
Eppenstein	Eppenstein
Fohnsdorf	Fohnsdorf
Hohentauern	Hohentauern
Judenburg	Judenburg
Sankt Wolfgang-Kienberg	Sankt Wolfgang-Kienberg
Sankt Anna am Lavantegg	Sankt Anna am Lavantegg
Maria Buch-Feistritz	Maria Buch-Feistritz
Obdach	Obdach
Oberkurzheim	Oberkurzheim
Oberweg	Oberweg
Oberzeiring	Oberzeiring
Pöls	Pöls
Pusterwald	Pusterwald
Reifling	Reifling
Reisstraße	Reisstraße
Sankt Georgen ob Judenburg	Sankt Georgen ob Judenburg
Sankt Johann am Tauern	Sankt Johann am Tauern
Sankt Oswald-Möderbrugg	Sankt Oswald-Möderbrugg
Sankt Peter ob Judenburg	Sankt Peter ob Judenburg
Unzmarkt-Frauenburg	Unzmarkt-Frauenburg
Weißkirchen in Steiermark	Weißkirchen in Steiermark
Zeltweg	Zeltweg
Bezirk Knittelfeld	Circonscription Knittelfeld
Apfelberg	Apfelberg
Feistritz bei Knittelfeld	Feistritz bei Knittelfeld
Flatschach	Flatschach
Gaal	Gaal
Großlobming	Großlobming
Kleinlobming	Kleinlobming
Knittelfeld	Knittelfeld
Kobenz	Kobenz
Rachau	Rachau
Sankt Lorenzen bei Knittelfeld	Sankt Lorenzen bei Knittelfeld
Sankt Marein bei Knittelfeld	Sankt Marein bei Knittelfeld
Sankt Margarethen bei Knittelfeld	Sankt Margarethen bei Knittelfeld
Seckau	Seckau
Spielberg bei Knittelfeld	Spielberg bei Knittelfeld
Bezirk Leibnitz	Circonscription Leibnitz
Oberhaag	Oberhaag
Schloßberg	Schloßberg
Bezirk Leoben	Circonscription Leoben
Eisenerz	Eisenerz
Gai	Gai
Hafning bei Trofaiach	Hafning bei Trofaiach
Hieflau	Hieflau
Kalwang	Kalwang
Kammern im Liesingtal	Kammern im Liesingtal
Kraubath an der Mur	Kraubath an der Mur
Leoben	Leoben
Mautern in der Steiermark	Mautern in der Steiermark
Niklasdorf	Niklasdorf
Proleb	Proleb
Radmer	Radmer
Sankt Michael in Obersteiermark	Sankt Michael in Obersteiermark
Sankt Peter-Freienstein	Sankt Peter-Freienstein
Sankt Stefan ob Leoben	Sankt Stefan ob Leoben
Traboch	Traboch
Trofaiach	Trofaiach
Vordernberg	Vordernberg
Wald am Schoberpaß	Wald am Schoberpaß
Bezirk Liezen	Circonscription Liezen
Admont	Admōnt

Aich
 Aigen im Ennstal
 Altaussee
 Altenmarkt bei Sankt Gallen
 Ardnig
 Bad Aussee
 Donnersbach
 Donnersbachwald
 Gaishorn am See
 Gams bei Hieflau
 Gössenberg
 Gröbming
 Großsölk
 Grundlsee
 Hall
 Haus
 Irdning
 Johnsbach
 Kleinsölk
 Landl
 Lassing
 Liezen
 Michaelerberg
 Mitterberg
 Bad Mitterndorf
 Niederöblarn
 Öblarn
 Oppenberg
 Palfau
 Pichl-Preunegg
 Pichl-Kainisch
 Pruggern
 Pürgg-Trautenfels
 Ramsau am Dachstein
 Rohrmoos-Untertal
 Rottenmann
 Sankt Gallen
 Sankt Martin am Grimming
 Sankt Nikolai im Sölkta
 Schladming
 Salztal
 Stainach
 Tauplitz
 Treglwang
 Trieben
 Weißenbach an der Enns
 Weißenbach bei Liezen
 Weng bei Admont
 Wildalpen
 Wörschach

 Bezirk Mürzzuschlag
 Allerheiligen im Mürztal
 Altenberg an der Rax
 Ganz
 Kapellen
 Kindberg
 Krieglach
 Langenwang
 Mitterdorf im Mürztal
 Mürzhofen
 Mürzsteg
 Mürzzuschlag
 Neuberg an der Mürz
 Spital am Semmering
 Stanz im Mürztal
 Veitsch
 Wartberg im Mürztal

 Bezirk Murau
 Dürnstein in der Steiermark
 Falkendorf
 Frojach-Katsch
 Krakaudorf

Aich
 Aigen im Ennstal
 Altaussee
 Altenmarkt bei Sankt Gallen
 Ardnig
 Bad Aussee
 Donnersbach
 Donnersbachwald
 Gaishorn am See
 Gams bei Hieflau
 Gössenberg
 Gröbming
 Großsölk
 Grundlsee
 Hall
 Haus
 Irdning
 Johnsbach
 Kleinsölk
 Landl
 Lassing
 Liezen
 Michaelerberg
 Mitterberg
 Bad Mitterndorf
 Niederöblarn
 Öblarn
 Oppenberg
 Palfau
 Pichl-Preunegg
 Pichl-Kainisch
 Pruggern
 Pürgg-Trautenfels
 Ramsau am Dachstein
 Rohrmoos-Untertal
 Rottenmann
 Sankt Gallen
 Sankt Martin am Grimming
 Sankt Nikolai im Sölkta
 Schladming
 Salztal
 Stainach
 Tauplitz
 Treglwang
 Trieben
 Weißenbach an der Enns
 Weißenbach bei Liezen
 Weng bei Admont
 Wildalpen
 Wörschach

 Circonscription Mürzzuschlag
 Allerheiligen im Mürztal
 Altenberg an der Rax
 Ganz
 Kapellen
 Kindberg
 Krieglach
 Langenwang
 Mitterdorf im Mürztal
 Mürzhofen
 Mürzsteg
 Mürzzuschlag
 Neuberg an der Mürz
 Spital am Semmering
 Stanz im Mürztal
 Veitsch
 Wartberg im Mürztal

 Circonscription Murau
 Dürnstein in der Steiermark
 Falkendorf
 Frojach-Katsch
 Krakaudorf

Krakauhintermühlen
Krakauschatten
Kulm am Zirbitz
Laßnitz bei Murau
Mariahof
Mühlen
Murau
Neumarkt in Steiermark
Niederwölz
Oberwölz-Stadt
Oberwölz-Umgebung
Perchau am Sattel
Predlitz-Turrach
Ranten
Rinegg
Sankt Blasen
Sankt Georgen ob Murau
Sankt Lambrecht
Sankt Lorenzen bei Scheifling
Sankt Marein bei Neumarkt
Sankt Peter am Kammersberg
Sankt Ruprecht ob Murau
Scheifling
Schöder
Schönberg-Lachtal
Stadl an der Mur
Stolzalpe
Teufenbach
Triebendorf
Winklern bei Oberwölz
Zeutschach

Bezirk Voitsberg
Bärnbach
Edelschrott
Gallmannsegg
Geistthal
Gößnitz
Graden
Hirscheegg
Kainach bei Voitsberg
Köflach
Kohlschwarz
Krottendorf-Gaisfeld
Ligist
Maria Lankowitz
Modriach
Pack
Piberegg
Rosental an der Kainach
Salla
Sankt Johann-Köppling
Sankt Martin am Wöllmißberg
Södingberg
Stallhofen
Voitsberg

Bezirk Weiz
Anger
Arzberg
Baierdorf bei Anger
Birkfeld
Feistritz bei Anger
Fischbach
Fladnitz an der Teichalm
Floing
Gasen
Gschaid bei Birkfeld
Gutenberg an der Raabklamm
Haslau bei Birkfeld
Hohenau an der Raab
Koglhof
Mortantsch
Naas

Krakauhintermühlen
Krakauschatten
Kulm am Zirbitz
Laßnitz bei Murau
Mariahof
Mühlen
Murau
Neumarkt in Steiermark
Niederwölz
Oberwölz-Stadt
Oberwölz-Umgebung
Perchau am Sattel
Predlitz-Turrach
Ranten
Rinegg
Sankt Blasen
Sankt Georgen ob Murau
Sankt Lambrecht
Sankt Lorenzen bei Scheifling
Sankt Marein bei Neumarkt
Sankt Peter am Kammersberg
Sankt Ruprecht ob Murau
Scheifling
Schöder
Schönberg-Lachtal
Stadl an der Mur
Stolzalpe
Teufenbach
Triebendorf
Winklern bei Oberwölz
Zeutschach

Circonscription Voitsberg
Bärnbach
Edelschrott
Gallmannsegg
Geistthal
Gößnitz
Graden
Hirscheegg
Kainach bei Voitsberg
Köflach
Kohlschwarz
Krottendorf-Gaisfeld
Ligist
Maria Lankowitz
Modriach
Pack
Piberegg
Rosental an der Kainach
Salla
Sankt Johann-Köppling
Sankt Martin am Wöllmißberg
Södingberg
Stallhofen
Voitsberg

Circonscription Weiz
Anger
Arzberg
Baierdorf bei Anger
Birkfeld
Feistritz bei Anger
Fischbach
Fladnitz an der Teichalm
Floing
Gasen
Gschaid bei Birkfeld
Gutenberg an der Raabklamm
Haslau bei Birkfeld
Hohenau an der Raab
Koglhof
Mortantsch
Naas

Naintsch
Neudorf bei Passail
Passail
Puch bei Weiz
Ratten
Sankt Kathrein am Hauenstein
Sankt Kathrein am Offenegg
Stenzengreith
Strallegg
Thannhausen
Waisenegg

Bundesland Burgenland

Bezirk Mattersburg
Forchtenstein
Marz
Mattersburg
Sieggraben Wiesen

Bezirk Oberpullendorf

Kobersdorf
Lockenhaus
Markt Sankt Martin
Pilgersdorf

Bezirk Oberwart

Bernstein
Mariasdorf
Markt Neuhodis
Stadtschlaining
Unterkohlstätten
Weiden bei Rechnitz
Wiesfleck

Naintsch
Neudorf bei Passail
Passail
Puch bei Weiz
Ratten
Sankt Kathrein am Hauenstein
Sankt Kathrein am Offenegg
Stenzengreith
Strallegg
Thannhausen
Waisenegg

Pays Fédéral de Burgenland

Circonscription Mattersburg
Forchtenstein
Marz
Mattersburg
Sieggraben Wiesen

Circonscription Oberpullendorf

Kobersdorf
Lockenhaus
Markt Sankt Martin
Pilgersdorf

Circonscription Oberwart

Bernstein
Mariasdorf
Markt Neuhodis
Stadtschlaining
Unterkohlstätten
Weiden bei Rechnitz
Wiesfleck

Liste
der administrativen Einheiten des Alpenraumes
in der schweizerischen Eidgenossenschaft

Kanton	Abgrenzung
Appenzell Rh.-Ext. Appenzell A.-Rh.	Ganzer Kanton Appenzell A.-Rh.
Appenzell Rh.-Int. Appenzell I.-Rh.	Ganzer Kanton Appenzell I.-Rh.
Berne/Bern	Amtsbezirke Frutigen Interlaken Niedersimmental Oberhasli Obersimmental Saanen Schwarzenburg nur Gemeinden Guggisberg, Rüschegg Signau nur Gemeinden Schangnau, Röthenbach Thun
Fribourg/ Freiburg	Bezirke La Gruyère Sense nur Gemeinde Plaffeien

Liste
des unités administratives de l'espace alpin
de la Confédération suisse

Canton	Délimitation
Appenzell Rh.-Ext. Appenzell A.-Rh.	Tout le canton Appenzell A.-Rh.
Appenzell I.-Rh.	Appenzell I.-Rh.
Berne/Bern	Circonscriptions administratives Frutigen Interlaken Niedersimmental Oberhasli Obersimmental Saanen Schwarzenburg seulement les communes de Guggisberg, Rüschegg Signau seulement les communes de Schangnau, Röthenbach Thun
Fribourg/ Freiburg	Circonscriptions La Gruyère Sense seulement la commune de Plaffeien

Glaris/Glarus	Ganzer Kanton Glarus	Glaris/Glarus	Tout le canton Glaris
Grisons/ Graubünden	Ganzer Kanton Graubünden	Grisons/ Graubünden	Tout le canton Grisons
Lucerne/ Luzern	Amt Luzern Entlebuch	Lucerne/ Luzern	Circonscription Lucerne Entlebuch
Unterwald- Le-Bas/ Unterwalden nid dem Wald	Ganzer Kanton Unterwalden nid dem Wald	Unterwald- le-bas/ Unterwalden nid dem Wald	Tout le canton Unterwalden nid dem Wald
Unterwald- Le-haut/ Unterwalden ob dem Wald	Ganzer Kanton Unterwalden ob dem Wald	Unterwald- le-haut/ Unterwalden ob dem Wald	Tout le canton Unterwalden ob dem Wald
Uri/Uri	Ganzer Kanton Uri	Uri/Uri	Tout le canton Uri
Saint-Gall/ St. Gallen	Bezirke Unterrheintal Oberrheintal Werdenberg Sargans Gaster Obertoggenburg	Saint-Gall/ St. Gallen	Circonscriptions Unterrheintal Oberrheintal Werdenberg Sargans Gaster Obertoggenburg
Schwyz/ Schwyz	Ganzer Kanton Schwyz	Schwyz/ Schwyz	Tout le canton
Tessin/Tessin	Ganzer Kanton Tessin	Tessin/Tessin	Tout le canton Tessin
Vaud/Waadt	Bezirke Aigle, Pays-d'Enhaut Vevey nur Gemeinden Montreux, Veytaux	Vaud/Waadt	Circonscriptions Aigle Pays-d'Enhaut Vevey seulement les communes de Montreux, Veytaux
Valais/Wallis	Ganzer Kanton Wallis	Valais/Wallis	Tout le canton Valais

**Übereinkommen
zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention)
abgeschlossen in Salzburg am 7. November 1991**

**Niederschrift
der Berichtigung des deutschen, französischen,
italienischen und slowenischen Originals**

Die Republik Österreich, in ihrer Funktion als Depositär des Übereinkommens zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention), das am 7. November 1991 in Salzburg abgeschlossen wurde,

im Hinblick darauf, daß das Original der Alpenkonvention (deutscher, französischer, italienischer und slowenischer Text) als Vertragspartei die „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ vorsieht und somit der Unterzeichnung durch die mittlerweile neu entstandene „Republik Slowenien“ nicht offensteht,

im Hinblick darauf, daß der in Chambéry (5.–6. November 1992) gefaßte Beschluß der Hohen Beamten der Alpenkonvention, die Alpenkonvention durch Einfügen der „Republik Slowenien“ anstelle der „Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien“ zu berichtigen, vom Depositär allen Unterzeichnerstaaten der Alpenkonvention sowie der EG mittels Verbalnote, Zl. 2000.30/145-I.8.b/93 vom 21. Jänner 1993, mitgeteilt worden war, sowie

im Hinblick darauf, daß dem Depositär bis zum 1. März 1993 keine entgegenstehende Stellungnahme der Vertragsparteien zugeing,

hat veranlaßt, daß im Original der Alpenkonvention (deutscher, französischer, italienischer und slowenischer Text) die im Anhang zu dieser Niederschrift angeführten Berichtigungen durchgeführt werden.

Zu Urkund dessen, habe ich, Botschafter Dr. Fanz Cede, Rechtsberater, die vorliegende Niederschrift in Wien am 6. April 1993 unterzeichnet.

Für den Bundesminister
für auswärtige Angelegenheiten:

Pour le Ministre Fédéral
des Affaires Etrangères:
F. Cede

**Convention
sur la protection des Alpes (Convention alpine)
conclue à Salzbourg le 7 novembre 1991**

**Procès-verbal
de rectification des originaux allemand, français,
italien et slovène de la Convention**

La République d'Autriche, agissant en sa qualité de dépositaire de la Convention Alpine, conclue à Salzbourg le 7 novembre 1991,

considérant que l'original de la Convention Alpine (textes allemand, français, italien et slovène) prévoit la «République socialiste fédérative de Yougoslavie» comme Partie Contractante ainsi ne permettant pas la signature à la nouvelle «République de Slovénie»,

considérant que la résolution prise lors de la réunion du groupe des Hauts Fonctionnaires de la Convention Alpine (Chambéry 5–6 novembre 1992) de corriger la Convention Alpine pour y remplacer «République socialiste fédérative de Yougoslavie» par «République de Slovénie» a été communiquée à tous les signataires de la Convention Alpine et à la Communauté Européenne par Note-Verbale du dépositaire No. 2000.30/145-I.8.b/93 du 21 janvier 1993 et

considérant que jusqu'au 1 mars 1993 aucune objection n'a été notifiée auprès du dépositaire,

a fait procéder dans l'original de la Convention Alpine (texte allemand, français, italien et slovène) les corrections indiquées en annexe au présent procès-verbal.

En foi de quoi, Nous, Ambassadeur Dr. Franz Cede, Conseiller juridique, avons signé le présent procès-verbal à Vienne le 6 avril 1993.

Anhang
zur Niederschrift der Berichtigung vom 6. April 1993

Übereinkommen
zum Schutz der Alpen
(Alpenkonvention)

Deutscher Text:

S. 2 statt „die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ „die Republik Slowenien“

S. 16 statt „Für die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ „Für die Republik Slowenien“

Französischer Text:

S. 2 statt „la République socialiste fédérative de Yougoslavie“ „la République de Slovénie“

S. 18 statt „Pour la République socialiste fédérative de Yougoslavie“ „Pour la République de Slovénie“

Italienischer Text:

S. 2 statt „la Repubblica Socialista Federativa Jugoslavia“ „la Repubblica Slovenia“

S. 16 statt „Per la Repubblica Socialista Federativa Jugoslavia“ „Per la Repubblica Slovenia“

Slowenischer Text:

S. 2 statt „Socialistična federativna republika Jugoslavija“ „Republika Slovenija“

S. 13 statt „Za Socialistično federativno republiko Jugoslavijo“ „Za Republiko Slovenijo“

Anhang
zum Übereinkommen
zum Schutz der Alpen
(Alpenkonvention)

Deutscher Text:

Statt „Liste der administrativen Einheiten des Alpenraumes in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien“ „Liste . . . in der Republik Slowenien“

Französischer Text:

Statt „Liste des unités administratives de l'espace alpin de la République socialiste fédérative de Yougoslavie“ „Liste . . . de la République Slovénie“

Italienischer Text:

Statt „Elenco delle unità amministrative della zona alpina della Repubblica Socialista Federativa Jugoslava“ „Elenco . . . della Repubblica Slovenia“

Slowenischer Text:

Statt „Seznam administrativnih enot Alpskega Prostora v Socialistični federativni republiki Jugoslaviji“ „Seznam . . . v Republiki Sloveniji“

Annexe
au procès-verbal de rectification du 6 avril 1993

Convention
sur la protection des Alpes
(Convention alpine)

Texte allemand:

p. 2 remplacer «die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien» par «die Republik Slowenien»

p. 16 remplacer «Für die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien» par «Für die Republik Slowenien»

Texte français:

p. 2 remplacer «la République socialiste fédérative de Yougoslavie» par «la République de Slovénie»

p. 18 remplacer «Pour la République socialiste fédérative de Yougoslavie» par «Pour la République de Slovénie»

Texte italien:

p. 2 remplacer «la Repubblica Socialista Federativa Jugoslavia» par «la Repubblica Slovenia»

p. 16 remplacer «Per la Repubblica Socialista Federativa Jugoslavia» par «Per la Repubblica Slovenia»

Texte slovène:

p. 2 remplacer «Socialistična federativna republika Jugoslavija» par «Republika Slovenija»

p. 13 remplacer «Za Socialistično federativno republiko Jugoslavijo» par «Za Republiko Slovenijo»

Annexe
à la Convention
sur la protection des Alpes
(Convention alpine)

Texte allemand:

Remplacer «Liste der administrativen Einheiten des Alpenraumes in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien» par «Liste . . . in der Republik Slowenien»

Texte français:

Remplacer «Liste des unités administratives de l'espace alpin de la République socialiste fédérative de Yougoslavie» par «Liste . . . de la République de Slovénie»

Texte italien:

Remplacer «Elenco delle unità amministrative della zona alpina della Repubblica Socialista Federativa Jugoslava» par «Elenco . . . della Repubblica Slovenia»

Texte slovène:

Remplacer «Seznam administrativnih enot Alpskega Prostora v Socialistični federativni republiki Jugoslaviji» par «Seznam . . . v Republiki Sloveniji»

Denkschrift zum Übereinkommen

I. Allgemeines

Auf der vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit initiierten, ersten internationalen Alpenkonferenz der Umweltminister vom 9. bis 11. Oktober 1989 in Berchtesgaden wurde dringender Handlungsbedarf zum Schutz der Alpen festgestellt: Die ständig wachsende Beanspruchung der Alpen durch den Menschen gefährdet den Alpenraum in zunehmendem Maße. Erosion, Gefährdung der traditionellen Berglandwirtschaft, Zersiedlung und Übererschließung und nicht abbreißender Schwerverkehr auf den Transitstraßen kennzeichnen eine negative Entwicklung. Diese wird verstärkt durch den schädlichen Einfluß weiträumig herangetragenem Luftschadstoffe. Vertreter der sieben Alpenstaaten – Deutschland, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Liechtenstein, Österreich, der Schweiz sowie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – beschlossen daher in Berchtesgaden, bis Ende 1991 ein völkerrechtlich verbindliches Vertragswerk zum Schutz der Alpen zu erarbeiten. Dies sollte aus einer Rahmenkonvention sowie verbindlichen Durchführungsprotokollen zu wichtigen Einzelbereichen bestehen.

Um die zügige Umsetzung der Beschlüsse der Berchtesgadener Alpenkonferenz zu gewährleisten, wurde eine hochrangige Arbeitsgruppe aus Vertretern der Alpenstaaten sowie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eingesetzt, die unter österreichischem Vorsitz den Entwurf einer Rahmenkonvention zum Alpenschutz ausarbeitete.

Die Rahmenkonvention „Übereinkommen zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention)“ wurde im Rahmen der zweiten Alpenkonferenz der Umweltminister am 7. November 1991 in Salzburg von den Alpenstaaten Deutschland, Frankreich, Italien, Liechtenstein, der Schweiz und Österreich sowie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterzeichnet. Slowenien hat als Gebietsrechtsnachfolger Jugoslawiens für den Alpenraum die Konvention am 29. März 1993 gezeichnet (vgl. dazu die Niederschrift der Berichtigung vom 6. April 1993). Monaco hat sein Interesse am Beitritt bekundet. Hierfür soll ein Zusatzabkommen geschlossen werden.

Die Rahmenkonvention ist durch Durchführungsprotokolle zu wichtigen Einzelbereichen zu konkretisieren. Gemäß dem Beschluß der Berchtesgadener Alpenkonferenz wurden die Arbeiten zur Vorbereitung von Protokollen für die Bereiche Raumplanung, Naturschutz und Landschaftspflege, Berglandwirtschaft, Tourismus und Freizeit sowie Verkehr aufgenommen.

Auf der zweiten Alpenkonferenz in Salzburg wurde zudem beschlossen, weitere Durchführungsprotokolle zu den Bereichen Bergwald, Energie und Bodenschutz auszuarbeiten.

II. Besonderes

Präambel

In der Präambel erkennen die Vertragsparteien die ökologische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Bedeutung des Alpenraumes an, stellen seine Gefährdung fest und

befinden, daß wirtschaftliche Interessen mit den ökologischen Erfordernissen in Einklang gebracht werden müssen.

Zu Artikel 1

Artikel 1 legt den Anwendungsbereich des Übereinkommens fest. Der von dem Übereinkommen erfaßte Alpenraum wird in der Anlage sowohl kartographisch dargestellt als auch in einer Liste der administrativen Einheiten des Alpenraumes in den jeweiligen Vertragsparteien beschrieben.

Zu Artikel 2

In dieser zentralen Bestimmung werden allgemeine Verpflichtungen der Vertragsparteien definiert.

Gemäß Artikel 2 Abs. 1 stellen die Vertragsparteien unter Beachtung des Vorsorge-, des Verursacher- und des Kooperationsprinzips eine ganzheitliche Politik zur Erhaltung und zum Schutz der Alpen sicher. Dabei sind die Interessen aller Alpenstaaten, ihrer alpinen Regionen sowie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ausgewogen zu berücksichtigen. Die Ressourcen sind umsichtig und nachhaltig zu nutzen. Die Vertragsparteien verpflichten sich außerdem, ihre grenzüberschreitende Zusammenarbeit für den Alpenraum zu verstärken sowie räumlich und fachlich zu erweitern.

Um dies zu erreichen, werden die Vertragsparteien gemäß Artikel 2 Abs. 2 Maßnahmen insbesondere auf folgenden Gebieten ergreifen:

Bevölkerung und Kultur:

Die kulturelle und gesellschaftliche Eigenständigkeit der im Alpenraum ansässigen Bevölkerung soll erhalten und gefördert, ihre Lebensgrundlagen, namentlich eine umweltverträgliche Besiedlung und Wirtschaftsentwicklung, sollen sichergestellt werden.

Raumplanung:

Eine sparsame und rationelle Nutzung und eine gesunde und harmonische Entwicklung des Gesamttraumes soll unter besonderer Beachtung der Naturgefahren, der Vermeidung von Über- und Unternutzungen sowie der Erhaltung oder Wiederherstellung von natürlichen Lebensräumen gesichert werden.

Luftreinhaltung:

Schadstoffemissionen und -belastungen im Alpenraum sowie die Schadstoffverfrachtung von außen sollen auf ein Maß, das für Mensch, Tiere und Pflanzen nicht schädlich ist, reduziert werden.

Bodenschutz:

Die quantitativen und qualitativen Bodenbeeinträchtigungen sollen insbesondere durch Anwendung bodenschonender land- und forstwirtschaftlicher Produktionsverfahren, sparsamen Umgang mit Grund und Boden, Eindäm-

mung von Erosionen sowie durch Beschränkung der Versiegelung der Böden vermindert werden.

Wasserhaushalt:

Durch Maßnahmen, insbesondere zur Reinhaltung der Gewässer, durch naturnahen Wasserbau und die Nutzung der Wasserkraft, die die Interessen der Umwelt und der ansässigen Bevölkerung gleichermaßen berücksichtigt, sollen gesunde Wassersysteme erhalten oder wiederhergestellt werden.

Naturschutz und Landschaftspflege:

Um die Funktionsfähigkeit der Ökosysteme, die Erhaltung der Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensräume, die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Leistungsfähigkeit der Naturgüter sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Natur und Landschaft in ihrer Gesamtheit dauerhaft zu sichern, sollen Natur und Landschaft geschützt, gepflegt und – soweit erforderlich – wiederhergestellt werden.

Berglandwirtschaft:

Im Interesse der Allgemeinheit soll die Bewirtschaftung der traditionellen Kulturlandschaften und eine standortgerechte, umweltverträgliche Landwirtschaft erhalten und unter Berücksichtigung der erschwerten Wirtschaftsbedingungen gefördert werden.

Bergwald:

Die Waldfunktion, insbesondere seine Schutzfunktion, soll erhalten, gestärkt und soweit erforderlich wieder hergestellt werden. Dies soll durch die Verbesserung der Widerstandskraft der Waldökosysteme, insbesondere durch naturnahe Waldbewirtschaftung, und durch die Verhinderung waldschädigender Nutzung erfolgen. Dabei sollen die erschwerten Wirtschaftsbedingungen im Alpenraum Berücksichtigung finden.

Tourismus und Freizeit:

Unter Einschränkung umweltschädigender Aktivitäten ist der Tourismus mit den ökologischen und sozialen Erfordernissen in Einklang zu bringen. Insbesondere sind Ruhezeiten festzulegen, die von touristischer Nutzung freizuhalten oder bestimmten umweltverträglichen Formen touristischer Nutzung vorzubehalten sind.

Verkehr:

Zur Verminderung der Belastungen und Risiken des alpenquerenden und inneralpinen Verkehrs auf ein Maß, das für Menschen, Tiere und Pflanzen sowie deren Lebensräume erträglich ist, soll u. a. eine verstärkte Verlagerung des Verkehrs, insbesondere des Güterverkehrs, auf die Schiene erfolgen. Dies soll vor allem durch die Schaffung geeigneter Infrastrukturen und nicht diskriminierender marktkonformer Anreize geschehen.

Energie:

Es soll eine natur- und landschaftsschonende sowie umweltverträgliche Erzeugung, Verteilung und Nutzung der Energie durchgesetzt und energiesparende Maßnahmen gefördert werden.

Abfallwirtschaft:

Es soll – unter besonderer Berücksichtigung des Grundsatzes der Abfallvermeidung – eine den besonderen

topographischen, geologischen und klimatischen Bedürfnissen des Alpenraumes angepaßte Abfallerfassung, -wertung und -entsorgung sicher gestellt werden.

In Artikel 2 Abs. 3 verpflichten sich die Vertragsparteien, konkrete Durchführungsprotokolle zur Alpenkonvention zu erarbeiten.

Zu Artikel 3

Auf den in Artikel 2 genannten Gebieten wollen die Vertragsparteien Forschungsarbeiten und wissenschaftliche Bewertungen durchführen, Programme zur systematischen Beobachtung entwickeln sowie Forschung und Beobachtung und die dazugehörige Datenerfassung harmonisieren.

Zu Artikel 4

Unter Wahrung der Belange des Datenschutzes werden die Vertragsparteien wissenschaftliche, technische, wirtschaftliche und rechtliche Informationen austauschen, die für die Durchführung der Alpenkonvention erheblich sind. Darüber hinaus informieren sie einander bei der Ausarbeitung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften, von denen besondere Auswirkungen auf den Alpenraum zu erwarten sind. Dies dient der größtmöglichen Berücksichtigung regionaler Erfordernisse.

Um das Übereinkommen und die Protokolle wirksam durchzuführen, arbeiten die Vertragsparteien mit internationalen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen zusammen. Sie sorgen außerdem in geeigneter Weise für eine regelmäßige Information der Öffentlichkeit über die Ergebnisse von Forschungen, Beobachtungen und getroffenen Maßnahmen.

Zu Artikel 5

Als ständiges Organ wird eine Alpenkonferenz eingerichtet, in der die Vertragsparteien auf politischer Ebene hochrangig vertreten sind. Vorsitz und Sitz der Alpenkonferenz wechseln nach jeder ordentlichen Tagung der Alpenkonferenz. Auf den alle zwei Jahre stattfindenden Tagungen der Alpenkonferenz sollen die gemeinsamen Anliegen der Vertragsparteien erörtert und ihre Zusammenarbeit weiter ausgestaltet werden. Die Vertragsparteien übermitteln der Alpenkonferenz Informationen über die von ihnen zur Durchführung der Alpenkonvention und ihrer Protokolle getroffenen Maßnahmen.

Die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen, der Europarat sowie jeder europäische Staat können an den Tagungen der Alpenkonferenz als Beobachter teilnehmen. Das gleiche gilt für grenzüberschreitende Zusammenschlüsse alpiner Gebietskörperschaften. Die Alpenkonferenz kann außerdem einschlägig tätige internationale nichtstaatliche Organisationen als Beobachter zulassen.

Zu Artikel 6

Artikel 6 regelt die Aufgaben der Alpenkonferenz. Die Alpenkonferenz beschließt insbesondere Änderungen des Übereinkommens, sie beschließt Protokolle sowie deren Änderungen, und sie entscheidet über die Einrichtung von Arbeitsgruppen, die zur Durchführung des Übereinkommens erforderlich erachtet werden. Die Alpenkonferenz stellt ferner die Durchführung der notwendigen Sekretariatsarbeiten sicher.

Darüber hinaus trifft die Alpenkonferenz die notwendigen finanziellen Entscheidungen. Da auf einen permanenten institutionellen Unterbau (Sekretariat, Artikel 9) zunächst verzichtet wurde, werden derartige finanzielle Entscheidungen in absehbarer Zeit nicht getroffen werden müssen. Die Regelung hat derzeit vor allem für den Fall Bedeutung, daß der wechselnde Vorsitz der Alpenkonferenz von einer finanzschwachen Vertragspartei ausgeübt wird und diese Unterstützung für die Ausübung des Vorsitzes beantragt.

Zu Artikel 7

Artikel 7 regelt die Beschlußfassung in der Alpenkonferenz, die grundsätzlich einstimmig erfolgt. Lediglich in Fragen der Geschäftsordnung, bei der Kenntnisnahme wissenschaftlicher Informationen und bei dem Beschluß oder der Empfehlung von Maßnahmen zu Artikel 3 und 4 kann die Alpenkonferenz mit Dreiviertelmehrheit beschließen.

Zu Artikel 8

Artikel 8 regelt die Einsetzung eines Ständigen Ausschusses und seine Aufgaben. Der Ständige Ausschuß der Alpenkonferenz, der aus den Delegierten der Vertragsparteien besteht, ist das ausführende Organ. Nach Inkrafttreten der Konvention wird er die Aufgaben der 1989 in Berchtesgaden eingerichteten hochrangigen Arbeitsgruppe übernehmen.

Unterzeichnerstaaten, die die Konvention noch nicht ratifiziert haben, haben in den Sitzungen des Ständigen Ausschusses Beobachterstatus. Beobachterstatus können darüber hinaus auch solche Alpenstaaten beantragen, die die Konvention noch nicht unterzeichnet haben. Der Ständige Ausschuß bestimmt außerdem über die Teilnahme von Vertretern staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen an seinen Sitzungen. Die in der Alpenkonferenz vorsitzführende Vertragspartei hat auch den Vorsitz im Ständigen Ausschuß inne.

Der Ständige Ausschuß bereitet insbesondere die von den Vertragsparteien übermittelten Informationen für die Berichterstattung an die Alpenkonferenz auf, er sammelt und bewertet Unterlagen im Hinblick auf die Durchführung des Übereinkommens und seiner Protokolle und legt sie der Alpenkonferenz vor, er unterrichtet die Alpenkonferenz über die Durchführung ihrer Beschlüsse, er bereitet die Tagungen der Alpenkonferenz inhaltlich vor und kann Maßnahmen und Empfehlungen vorschlagen. Zudem überprüft und harmonisiert er die Inhalte von Protokollentwürfen, die er der Alpenkonferenz vorschlägt, und kann Arbeitsgruppen für die Erarbeitung von Protokollen und Empfehlungen einsetzen.

Regelmäßige Tagungen des Ständigen Ausschusses stellen die Kontinuität der Zusammenarbeit der Vertragsparteien sicher.

Zu Artikel 9

Artikel 9 gibt der Alpenkonferenz die Möglichkeit, ein ständiges Sekretariat zu errichten, sofern dies für eine sinnvolle Alpenzusammenarbeit unerlässlich ist. Ein dahingehender Beschluß der Alpenkonferenz muß einstimmig erfolgen.

Derzeit werden die Sekretariatsaufgaben von der vorsitzführenden Vertragspartei wahrgenommen (Artikel 6 Buchstabe h); die Errichtung eines Sekretariats wird z. Z. nicht ins Auge gefaßt. Eine Änderung der Situation könnte sich ergeben, wenn der überwiegende Teil der derzeit in Arbeit befindlichen Durchführungsprotokolle in Kraft getreten ist und die Alpenzusammenarbeit dann umfangmäßig zunehmen wird.

Zu Artikel 10

Artikel 10 legt das Verfahren für Änderungen des Übereinkommens fest. Solche Änderungen sind ratifizierungsbedürftig und treten nach denselben Vorschriften in Kraft, die für das Inkrafttreten der Konvention vorgesehen sind (Artikel 12 Abs. 2 bis 4).

Zu Artikel 11

Artikel 11 regelt das Verfahren für die Annahme von Protokollen und für ihre Änderung, Protokolle werden von der Alpenkonferenz beschlossen. Sie treten für diejenigen Vertragsparteien in Kraft, die sie ratifiziert haben. Für das Inkrafttreten eines Protokolls sind mindestens drei Ratifikationen erforderlich.

Zu Artikel 12

Artikel 12 betrifft die Unterzeichnung und Ratifizierung des Übereinkommens. Das Übereinkommen liegt ab dem 7. November 1991 bei der Republik Österreich als Verwahrer zur Unterzeichnung aus. Es tritt drei Monate nach dem Tag in Kraft, nach dem es drei Staaten ratifiziert haben. Für Unterzeichnerstaaten, die es erst später ratifizieren, tritt es drei Monate nach Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde in Kraft.

Zu Artikel 13

Nach Artikel 13 kann jede Vertragspartei das Übereinkommen jederzeit durch eine an den Verwahrer gerichtete Notifikation kündigen. Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer folgt.

Zu Artikel 14

Artikel 14 regelt das Notifizierungsverfahren.

Anlage 2**Stellungnahme des Bundesrates**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß in den einzelnen fachlichen Protokollen zur Durchführung der Alpenkonvention die Verwirklichung notwendiger Vorhaben und Maßnahmen nicht von zusätzlichen Prüfungsverfahren und sonsti-

gen Verfahrensschwernissen abhängig gemacht wird, durch die der Standort Deutschland belastet werden könnte. Darüber hinaus ist es zwingend notwendig, daß die Aufstellung der einzelnen Protokolle zeitlich und inhaltlich koordiniert wird.

Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates

Zum ersten Satz der Stellungnahme

Mit der Alpenkonvention soll ein wirksamer Schutz des Alpenraums international gesichert werden. Dabei sind die wirtschaftlichen Interessen mit den ökologischen Erfordernissen in Einklang zu bringen.

Im einzelnen geht es u. a. darum, anspruchsvolle Umweltstandards — ähnlich denjenigen, wie sie bereits im deutschen Natur- und Landschaftsschutzrecht sowie im Planungsrecht Geltung haben —, für den gesamten Alpenraum einzuführen. Angesichts dieser Sachlage erscheint die Sorge nicht begründet, daß in den Protokollen zur Durchführung der Alpenkonvention die Verwirklichung notwendiger Vorhaben und Maßnahmen von zusätzlichen Prüfungsverfahren und sonstigen Verfahrensschwernissen abhängig gemacht würde, durch die der Standort Deutschland belastet werden könnte.

Zum zweiten Satz der Stellungnahme

Artikel 2 Abs. 3 der Alpenkonvention sieht die Vereinbarung von Protokollen vor, in denen Einzelheiten zur Durchführung der Alpenkonvention geregelt werden; Zahl und Gegenstand der Protokolle sind nicht festgelegt.

Während der Ersten Internationalen Alpenkonferenz im Oktober 1989 in Berchtesgaden wurde die Erarbeitung von Protokollen zu den Bereichen Verkehr, Tourismus und Freizeit, Naturschutz und Landschaftspflege, Berglandwirtschaft sowie Raumplanung beschlossen.

Auf der Zweiten Internationalen Alpenkonferenz im November 1991 in Salzburg wurde Einvernehmen erzielt, Durchführungsprotokolle für die Bereiche Bergwald, Energie und Bodenschutz auszuarbeiten.

Für die Ausarbeitung der Protokolle wurden Arbeitsgruppen eingerichtet. Eine Verständigung auf abgestimmte Protokollentwürfe ist angesichts mitunter stark divergierender Auffassungen zwischen den Vertragsparteien nicht immer einfach.

Mit der zeitlichen und inhaltlichen Koordinierung der Protokolle ist die „Gruppe der Hohen Beamten“ beauftragt, die von den Vertragsparteien zur Wahrnehmung der Aufgaben des „Ständigen Ausschusses“ gemäß Artikel 8 der Alpenkonvention bis zu deren Inkrafttreten eingesetzt wurde. Es ist Aufgabe dieses Gremiums, die Inhalte von Protokollentwürfen unter ganzheitlichen Aspekten zu überprüfen und zu harmonisieren (Artikel 8 Abs. 6 lit. f der Alpenkonvention).

Die Bundesregierung wird sich für ein Annahmeverfahren der Protokolle einsetzen, das nicht eine gleichzeitige Fertigstellung aller Protokolle voraussetzt, sondern entsprechend dem Verhandlungsfortschritt eine möglichst zügige Verabschiedung der fertigverhandelten Protokolle sichert und damit der Verwirklichung der Ziele der Alpenkonvention am zweckmäßigsten dient.

Die Beteiligung der Bundesregierung an der Ausarbeitung und Abstimmung der Protokolle sowie deren Harmonisierung in der „Gruppe der Hohen Beamten“ erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Freistaat Bayern.

